

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG



# READER

---

**X. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**

**29.-31. JANUAR 2015, RINGBERGHOTEL SUHL**



## Inhalt

Programm des Kolloquiums 2015 .....	4
SEBASTIAN <b>STUDE</b> .....	6
TERESA <b>TAMMER</b> .....	12
JESSICA <b>BOCK</b> .....	14
FELIX <b>PAETZEL</b> .....	16
ANNE <b>WANNER</b> .....	18
JOHANNES <b>MÜHLE</b> .....	25
ANNETTE <b>MÜLLER-SPREITZ</b> .....	27
CHRISTIAN <b>GAUBERT</b> .....	31
TILMAN <b>WICKERT</b> .....	36
MARK <b>HOMANN</b> .....	39

## X. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

**BEGINN:** Donnerstag, 29. Januar 2015, 14 Uhr  
**ENDE:** Samstag, 31. Januar 2015, 13 Uhr  
**ORT:** Ringberghotel in Suhl

### Donnerstag, 29. Januar 2015

11:00 – 13:00	Bustransfer vom Bahnhof Suhl zum Ringberghotel und Einchecken
14:00 – 15:50	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung ( <a href="http://www.geschichtsmesse.de">www.geschichtsmesse.de</a> )
15:50 – 16:20	Kaffeepause
16:20 – 16:30	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
16:30 – 17:30	<b>Sebastian Stude:</b> Das Kernkraftwerk Rheinsberg 1956-1990. Ein ostdeutsches Prestigeprojekt im Kalten Krieg.
17:30 – 18:15	<b>Teresa Tammer:</b> Homosexualität im geteilten Deutschland. Eine Verflechtungsgeschichte der 1970er und 1980er Jahre
18:15 – 19:00	Abendessen
19:15 – 20:00	<b>Jessica Bock:</b> Die ostdeutsche Frauenbewegung von 1980 bis 2000 am Beispiel der Stadt Leipzig
20:00 – 20:45	<b>Felix Paetzel:</b> Von der „sozialistischen Persönlichkeit“ zum „unternehmerischen Selbst“. Eine Wissensgeschichte des Ratgebens vor und nach dem Mauerfall

### Freitag, 30. Januar 2015

9:00 – 10:00	<b>Anne Wanner:</b> „Kampf um die Geschichte“? – Deutsch-deutsche Museumsge- schichte zwischen Abgrenzung und Verflechtung 1971-1989
10:00 – 10:30	Kaffeepause
10:30 – 11:15	<b>Johannes Mühle:</b> Mobilmachung und Militarisierung. Die Vorbereitungen der DDR auf den Verteidigungszustand 1970 - 1990
11:15 – 12:00	<b>Annette Müller-Spreitz:</b> Die Bildtitel bei Wolfgang Mattheuer zwischen sozialis- tischer Rhetorik und künstlerischer Autonomie
12:00 – 14:00	Mittagspause
14:00 – 15:00	<b>Christian Gaubert:</b> Die DDR im Spiegel musealer Präsentationen

15:00 – 15:45	<b>Tilman Wickert:</b> "Kampf um die Köpfe" - Berliner Hochschulpolitik und Hochschulwesen 1945 – 1961
15:45 – 16:45	<b>Mark Homann:</b> Konzentrationslager – Altenheim – Gedenkstätte. Die Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in Wernigerode – Anspruch und gesellschaftliche Praxis sozialistischer Geschichtspolitik in der DDR-Provinz
16:45 – 17:15	<b>Schlussbesprechung</b>
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Präsentation: <b>BÜROKRATOPOLY. EIN LEHRSPIEL AUS DER DDR</b> mit anschließendem Spieleabend ( <a href="http://www.geschichtsmesse.de">www.geschichtsmesse.de</a> )

### Samstag, 31. Januar 2015

9:00 – 12:45	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung ( <a href="http://www.geschichtsmesse.de">www.geschichtsmesse.de</a> )
12:45 – 13:00	Mittagsimbiss
13:00 – 13:30	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mählert: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

## **Das Kernkraftwerk Rheinsberg 1956-1990. Ein ostdeutsches Prestigeprojekt im Kalten Krieg**

Von Sebastian Stude

### **Ursprünge der DDR-Kernenergiewirtschaft**

Als Gründe für den Aufbau einer eigenen Kernenergiewirtschaft galten unter Politikern und Wissenschaftlern in der DDR seit den 1950er Jahren verschiedene Annahmen. Zuvorderst strebten sie nach einem mittelfristigen Ausgleich und späteren Ersatz der sich erschöpfenden Rohbraunkohlevorkommen. Hinzu kamen die (fälschliche) Annahme, die Kernenergiegewinnung werde zukünftig wirtschaftlich günstiger sein; die angestrebte Eindämmung der offensichtlichen Umweltbelastungen durch die Kohleverstromung und schließlich wurde ein auch in andere Industriezweige ausstrahlender volkswirtschaftlicher Wachstumseffekt erwartet. Ein herausragendes Projekt im Rahmen des DDR-Kernenergieprogramms war die Errichtung des ersten deutschen Kernkraftwerkes, das industriell Strom produzierte. Diese Nuklearanlage wurde ab 1957 bei Rheinsberg gebaut.

Über die wirtschaftliche Bedeutung hinausgehend sahen die SED-Partei- und DDR-Staatsführung in dem Aufbau einer eigenen Kernenergiewirtschaft stets auch einen ideologischen Aspekt. So war die Errichtung des ersten Kernkraftwerkes von Beginn an ein politisches Prestigeprojekt gegenüber dem westdeutschen Teilstaat. Unter den Vorzeichen des Kalten Krieges und der noch jungen deutschen Teilung sollten wirtschaftliche und technologische Macht demonstriert werden. Die Stilisierung des Kernkraftwerkes zu einem Symbol der Stärke und des Fortschritts erschien umso plausibler, da sich die friedliche Nutzung der Kernenergie in das evozierte Bild der DDR als technologiefreundliche und friedliche Nation offensichtlich perfekt einpasste.

Unabhängig solcher ideologischer Aspekte folgte die DDR mit ihrem Kernenergieprogramm einem internationalen Trend, der in den 1950er Jahren im Zeichen einer grassierenden „Atomeuphorie“ stand. Wissenschaftler und Politiker schwärmten seinerzeit vom „Eintritt in das Atomzeitalter“. So meinte der deutsche Philosoph Ernst Bloch damals: „Wie die Kettenreaktionen auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringen, so schafft die Atomenergie, in anderer Maschinerie als der der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, aus Wüste Fruchmland, aus Eis Frühling.“ (Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, 1957)

### **Der politische Beschluss und der Standort**

Im März 1956 sicherte der KPdSU-Parteichef Nikita Chruschtschow dem SED-Parteichef Walter Ulbricht die technische und personelle Hilfe der UdSSR für die Errichtung eines Kernkraftwerkes in der DDR zu. Kurz darauf gab die 3. SED-Parteikonferenz für den zweiten Fünfjahrplan im ostdeutschen Teilstaat den „Bau des ersten AKW der DDR“ bis 1961 vor. Im Juli 1956 unterzeichneten die UdSSR und die DDR ein Regierungsabkommen zur Gewährung technischer Hilfe. Wenige Tage später beschloss der DDR-Ministerrat die Errichtung eines Kernkraftwerkes. Mit der Errichtung dieses „Atomkraftwerkes I“ beschritten die ostdeutschen Wissenschaftler und Ingenieure anspruchsvolles Neuland. Erst zwei Jahre zuvor war 1954 das erste Kernkraftwerk der Welt bei Moskau in Betrieb gegangen. Der politische Beschluss zum Bau des ersten Kernkraftwerkes in der DDR wurde also bemerkenswert früh getroffen. In großer Klarheit legt sein Zustandekommen zudem die Machtkonstellation im ostdeutschen Teilstaat offen: Nach der Sanktionierung durch die sowjetische Seite fällt die SED-Führung einen politischen Beschluss, der erst im Nachgang durch die staatlichen Institutionen übernommen wurde.

Mit dem politischen Beschluss war zunächst ungeklärt, wo in der DDR das „Atomkraftwerk I“ entstehen sollte. Die Entscheidung fiel im Frühjahr 1957 auf eine Landenge zwischen zwei Seen inmitten eines Naturschutzgebietes bei Rheinsberg im damaligen Bezirk Potsdam, circa 100 Kilometer nördlich von Berlin. Von Beginn an gab es Kritiker der Standortentscheidung. Ein leitender Projektplaner schrieb beispielsweise an den stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten: „Der neuerdings in Aussicht genommene Standort mitten in einem schönen Naturschutzgebiet am Stechlin-See erscheint – milde ausgedrückt – ungeschickt.“ (Schreiben Technischer Leiter des VEB Energieprojektierung, 8. Februar 1957) Vorbehalte

der örtlichen Bevölkerung bezogen sich vor allem auf die unklare nukleare Sicherheit. Manche befürchteten deshalb Umsiedlungen und für die traditionelle Urlaubsregion ein Ausbleiben von Touristen und damit verbunden wirtschaftliche Einbußen.

So etwas wie eine öffentliche Protestbewegung analog der „Anti-Atomkraft-Bewegung“ seit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik hat es im ostdeutschen Teilstaat aber nicht gegeben. Gleichwohl gab es bei Rheinsberg wie andernorts in der späten DDR eine kirchliche Umweltgruppe. Die sich aus christlich-ethischer Perspektive kritisch mit dem nahegelegenen Kernkraftwerk auseinandersetzte. Der Staatssicherheitsdienst beobachtete die Mitglieder der kirchlichen Umweltgruppe wegen ihres Engagements jenseits der staatlichen Strukturen. Als seine geheimdienstlichen Bestrebungen formulierte das MfS beispielsweise gegenüber dem Pfarrer, der in der Umweltgruppe aktiv mitarbeitete und dieser „seine“ Kirche öffnete, die „vorbeugende Verhinderung seines möglichen feindlichen Wirksamwerdens.“ (MfS-Abschlussbericht IM-Vorlauf „Christian“) Der Staatssicherheitsdienst agierte hier also im vorsehenden Gehorsam ohne jegliche – auch nach DDR-Recht – strafrechtliche Grundlage.

### **Errichtung und Inbetriebnahme**

Der offizielle Baubeginn zum „Atomkraftwerk I“ war der 7. Oktober 1957, dem 8. Jahrestag der Gründung der DDR. Anfangs waren Kosten für die Errichtung bis 1961 in Höhe von 94 Millionen DM geplant. Als das Werk fünf Jahre verspätet am 9. Mai 1966 offiziell in Betrieb ging, hatten sich die Kosten für die Planung, den Bau und die Inbetriebnahme auf mehr als 410 Millionen MDN erhöht. Die Gründe dafür waren eine gleitende Projektierung – aus der fortlaufend mehr oder weniger aufwändige Umprojektierungen und fehlende Baupläne folgten, fehlendes Material – angefangen bei einfachem Baukies bis hin zu speziellen Stahlsorten und technologischen Ausrüstungen – sowie fehlende Arbeitskräfte. Die offizielle Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Rheinsberg war derweil eine inszenierte Propagandaveranstaltung anlässlich des seinerzeit als Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutsche Reich und Ende des Zweiten Weltkrieges begangenen 9. Mai. Tatsächlich produzierte der Betrieb an diesem Tag nur einen Bruchteil der projektierten Leistung. Wegen eines technischen Defekts konnte dieser elektrische Strom auch nicht in das landesweite Stromnetz eingespeist werden. Wenige Monate nach der offiziellen Inbetriebnahme des Betriebes ging im Dezember 1966 im bayrischen Gundremmingen das erste westdeutsche Kernkraftwerk mit einer mehr als dreifach größeren Leistung in Betrieb.

Die Planung und die Errichtung des Kernkraftwerkes Rheinsberg waren ein ostdeutsch-sowjetisches Gemeinschaftswerk. Wirtschaftliche Schwierigkeiten im ostdeutschen Teilstaat und in der Sowjetunion hatten zur Folge, dass zur Errichtung des Betriebes auch Importe aus der Bundesrepublik nötig waren, beispielsweise mehrere tausende Meter Rohr aus speziellem Stahl. Auch in den Folgejahren griff man zur Instandhaltung und Nachrüstung des Kernkraftwerkes auf westliches Know-how zurück. Anfang der 1970er Jahre wurde beispielsweise US-amerikanische Spezialausrüstung installiert, um aktivierte und kontaminierte Materialien fachgerecht bearbeiten zu können.

### **Herrschaftsapparat**

Die SED besetzte von Beginn an die betrieblichen Führungspositionen im Kernkraftwerk Rheinsberg. Vielfach rekrutierte sich aus der SED-Betriebsparteiorganisation auch die politische Funktionselite der Stadt Rheinsberg (Rat der Stadt, Stadtverordnetenversammlung, Nationale Front, Massenorganisationen). Ab 1957 entstand die SED-Betriebsparteiorganisation als omnipräsente Parallelstruktur zur eigentlichen Betriebsleitung. Anspruch der Partei war die Durchsetzung der SED-Interessen über die eigene Mitgliedschaft hinaus. Gleichwohl sich die Betriebsleitung durchgängig aus SED-Mitgliedern zusammensetzte, führte das mehrfach zu heftigen Konflikten mit den Mitgliedern der Betriebsleitung. Anfang der 1960er Jahre gipfelte das in aufsehenerregenden Parteiverfahren und arbeitsrechtlichen Konsequenzen sowohl gegen den Direktor als auch gegen den Technischen Leiter.

Aufschlussreich für die Analyse des SED-Machtanspruches scheint, warum die SED-Mitglieder stets eine große Minderheit unter den Kernkraftwerkern blieben und die Einheitssozialisten nie ihren angestrebten Organisationsgrad erreichten. Beispielsweise gehörten Anfang der 1970er Jahre von den seinerzeit 566 Kernkraftwerkern 172 der SED-

Betriebsparteiorganisation an. Das war weniger als ein Drittel der Angestellten und Arbeiter. Insbesondere die große Mehrzahl der einfachen Arbeiter stand der SED aus verschiedenen Gründen (Programmatik, Repräsentanten, Mitgliedsbeitrag, Zeitaufwand für die Parteiarbeit und andere Parteiverpflichtungen) abwartend bis abweisend gegenüber. Verwaltungsangestellte der Leitungsebene, Angehörige des Werkschutzes und etwas schwächer Mitarbeiter des betrieblichen Forschungsbereiches waren für eine SED-Mitgliedschaft weit empfänglicher. Auffällig ist, dass die Massenorganisationen FDGB und DSF seit den 1970er Jahren im Gegensatz zur SED einen Organisationsgrad unter den Kernkraftwerkern nahe 100 Prozent erreichten. Den Hintergrund dafür bildeten nicht selten weniger politische sondern vielmehr ganz pragmatische persönliche Motive. So gab eine FDGB-Mitgliedschaft berechnete Hoffnung, in den Genuss von sozial- und kulturpolitischen Leistungen der Gewerkschaft zu kommen (Ferienplätze, Kulturveranstaltungen, Auszeichnungen als „sozialistische Brigade“ samt dazugehöriger Geldprämie etc.).

### **Arbeiten und Leben**

Für die Kleinstadt Rheinsberg in einer industriell kaum entwickelten brandenburgischen Region bedeutete die Errichtung des Kernkraftwerkes einen vielschichtigen Wandel. Diesen Wandel kennzeichnete zunächst die Anwesenheit mehrerer hundert Bauarbeiter. Die Stadt entwickelte sich zu einem „Rummelplatz“. (Werner Bräunig: Rummelplatz, 2007) Die Rheinsberger Bevölkerung wuchs von knapp 4.000 Einwohnern im Jahr 1956 auf einen Höchststand von 5.970 Einwohnern im Jahr 1981. Für den damit einhergehenden sozialen Wandel in der Stadt steht die durchaus stolze Aussage des damaligen Rheinsberger Bürgermeisters im Frühjahr 1967: „Wir haben zwölf Ingenieure unter den Stadtverordneten.“ (*Freies Wort* vom 23. März 1967)

Im Osten von Rheinsberg entstanden ein neuer Stadtteil mit modernen Wohnungen sowie ein großes Kulturhaus, die örtliche Schule wurde erweitert und später um einen Schulneubau ergänzt, eine moderne HO-Kaufhalle wurde errichtet. Trotzdem blieb die örtliche Versorgungslage im Grunde genommen durchgängig bis in die späte DDR hinein angespannt. In Rheinsberg entwickelte sich im Ergebnis der Errichtung des Kernkraftwerkes eine dreiteilige Gesellschaft aus den „alten“ Rheinsbergern, den „neuen“ hinzugezogenen Kernkraftwerkern und den während der Urlaubssaison anwesenden Touristen. Unter den Vorzeichen der ungelösten örtlichen Versorgungsfrage (vor allem Nahrungsmittel und Wohnungen) kam es in der Folge zu gesellschaftlichen Spannungsverhältnissen, die angesichts des im ostdeutschen Teilstaat propagierten sozialistischen Gleichheitsversprechens immer auch eine politische Dimension hatten. Der Einwurf einer Angestellten der Stadtverwaltung während einer Sitzung des Rates der Stadt im Frühjahr 1964 behielt in diesem Sinne bis in den Herbst 1989 hinein Gültigkeit: „Ferner hört man, dass es im AKW Apfelsinen bekommt. [sic!] Das ist auch nicht richtig. Die Kinder aus dem Ort sind genauso dringend der Vitamine bedürftig, wie die Kinder im AKW. (...) Überhaupt existiere nur noch Atom.“ (Sitzungsprotokoll Rat der Stadt Rheinsberg 17. März 1964)

Es gibt aber auch Beispiele dafür, dass die sozio-kulturelle Integration von „alten“ und „neuen“ Rheinsbergern glückte. Akzente setzten hier verschiedene Vereinsgründungen der Kernkraftwerker, die über ihren Betrieb hinausgehend in das Rheinsberger Kulturleben hineinwirkten: der Rheinsberger Carnevalsclub, das Tanzensemble „Studio 64“, das Kabarett „Strontium 90“, die „Urania-Combo“ oder die Betriebssportgemeinschaft. Auch in bereits bestehenden Vereinen engagierten sich die Kernkraftwerker und übernahmen dort nicht selten Leitungsfunktionen. Ein Beispiel war der schon im Jahr 1920 gegründete städtische Arbeitergesangsverein „Vorwärts“, dem bald ein eigens vom Kernkraftwerk ausgebildeter Chorleiter vorstand. Jenseits solcher Treffpunkte blieben die Kernkraftwerker im Betriebsalltag ihres Kernkraftwerkes und in ihrer „KKW-Siedlung“ unter sich. Mittelpunkte des außerfamiliären sozio-kulturellen Lebens waren die jeweilige Betriebsbrigade oder Hausgemeinschaft.

### **Zwischenfazit**

Mit dem Diktum der „friedlichen Nutzung der Atomenergie“ versehen war dem Kernkraftwerk Rheinsberg im Zeitalter des Kalten Krieges von Beginn an eine politische Attitüde zugeschrieben. Diese sollte in die DDR-Gesellschaft hinein und über die Grenzen des ostdeut-



schen Teilstaates hinaus politische Wirksamkeit entfalten. Die SED-Partei- und DDR-Staatsführung propagierte den Betrieb als friedfertiges sozialistisches Fortschrittsversprechen und Gegenstück zur westlichen Politik, die sich vor allem in einer atomaren militärischen Aufrüstung ausdrücken würde. Die propagandistische Funktion des Kernkraftwerkes zeigte sich pointiert darin, dass ein Abbild seiner Blockwarte den 10-Mark-Schein in der DDR zierte.

Hinsichtlich der sozialen Integration der Kernkraftwerker in ihre neue Heimat wurden die „alten“ und die „neuen“ Rheinsberger oftmals sich selbst überlassen. Das kam vor allem bei der Wohnraumsuche und Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Industriewaren und Dienstleistungen nicht selten einer Zumutung gleich. Hier gilt, dass die gesellschaftlichen Folgewirkungen der zentralen politischen Planung des Betriebes örtliche Spannungsverhältnisse in einem nichttechnischen Sinne schufen.

Dass das Kernkraftwerk Rheinsberg über seine zunächst projektierte 20jährige Betriebszeit hinaus bis 1990 weiterbetrieben wurde, ist Ausdruck einer in der DDR fehlgeschlagenen Energiepolitik im Ganzen und einer fehlgeschlagenen Kernenergiepolitik im Besonderen. So wandelte sich das Kernkraftwerk Rheinsberg im Laufe seines Bestehens von einem Symbol der vermeintlichen Stärke zu einem Symbol der offensichtlichen Schwäche.

Ein Zwischenfazit der ersten Arbeitsergebnisse lautet: Das Kernkraftwerk Rheinsberg mit seiner Arbeiterschaft war als politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungskern in der brandenburgischen Provinz angelegt. Dieses von der SED-Führung zugeschriebene Funktionsmerkmal übernahm der Betrieb auch – gleichwohl dies fortwährend von unterschiedlich stark ausgeprägten Disfunktionalitäten begleitet gewesen ist.

### **Kurzbiographie**

Sebastian Stude, 1979 in Halle/Saale geboren, studierte bis 2006 Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der Humboldt Universität zu Berlin. Seitdem verschiedene Ausstellungsprojekte und Publikationen zur späten DDR und dem Kernkraftwerk Rheinsberg. 2012 wissenschaftlicher Gutachter der Enquete-Kommission 5/1 des Landes Brandenburg zu personellen Kontinuitäten in den Regionen nach 1990.

## Aktualisierte Arbeitsgliederung

### Prolog: Vom Nutzen der Kernenergie

#### 1. Einleitung

- a. Fragestellung
- b. Forschungsstand und Quellengrundlage
- c. Begriffsgeschichte: „Atomkraft“ vs. „Kernkraft“

#### 2. Die Kernenergiewirtschaft und -politik in der DDR 1956-1990

- a. Die „friedliche Anwendung der Atomenergie“ als politisches Konzept
- b. Der Plan: Ablösung der Kohle durch die Kernenergie
- c. Volkswirtschaftliche Zwänge: Abhängigkeiten von der Sowjetunion und Westimporten – Abkehr von einer eigenständigen Kernenergiewirtschaft
  - i. Nur ein halbes Kernkraftwerk – Keine zweite Ausbaustufe in Rheinsberg
  - ii. Ungewollt – Keine Brennstoffkassettenfabrik in Rheinsberg
  - iii. Westliches Know-how

#### 3. Beschluss, Bau und Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Rheinsberg 1956-1966

- a. Politisches Prestigeprojekt und Propagandamedium
  - i. Sowjetische Aufbauhilfe im ostdeutschen Teilstaat
  - ii. Die Verkündung durch Walter Ulbricht als dramaturgischer Höhepunkt der 3. SED Parteikonferenz im März 1956
  - iii. Die offizielle Inbetriebnahme am 9. Mai 1966 als politische Inszenierung
- b. *Neuland unterm Pflug* – von der Errichtung des ersten deutschen Kernkraftwerkes
  - i. Der Stechlinsee – ein Kernkraftwerk im Naturschutzgebiet
  - ii. Die Baustelle als *Rummelplatz*
  - iii. Plan und Realität: Bauzeit, Baukosten, Arbeitskräftemangel und Materialengpässe
- c. Die SED-Betriebsparteiorganisation
  - i. Gründung und Führungsanspruch
  - ii. Aufbau, Funktion und Arbeitsweise
  - iii. Informationen, Berichte und Konflikte
- d. Der Staatssicherheitsdienst im Kernkraftwerk
  - i. Unter Kontrolle? – das Kernkraftwerk als MfS-Objektvorgang
  - ii. Arbeitsweise und Tätigkeitsfeld des MfS
    1. das MfS im Betrieb – der konspirative Treff „Reaktor“
    2. die hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)
    3. Informationen, Berichte und Analysen
  - iii. *Staat im Staate* oder *Papiertiger* – zum Wirkungsgrad des MfS

#### 4. Betriebsalltag und Leben der Kernkraftwerker 1967-1980

- a. Vom industriellen Versuchskraftwerk zum Lehr-, Forschungs- und Versuchskraftwerk
  - i. Industrielle Stromerzeugung als wichtigste Planaufgabe
  - ii. Wissenschaftliche Forschung im internationalen Maßstab?
  - iii. Lehr- und Ausbildungsbetrieb: ostdeutsche Kadenschmiede
  - iv. Investitionsträger des Kernkraftwerkes Nord bei Greifswald
- b. Ein moderner Arbeitsplatz als Lebenssinn
  - i. Industrialisierung einer Region
  - ii. Kernkraftwerker: Arbeiter, Ingenieure, Angestellte und Funktionäre
- c. Der FDGB und die DSF
  - i. Aufbau, Organisation und Mitglieder
  - ii. Interessenvertreter oder *Transmissionsriemen* der SED?
- d. Arbeitsalltag:
  - i. Das Drei-Schicht-System als Lebensrhythmus
  - ii. Auf dem Weg zur Arbeit – die Fahrt in der Betriebsbahn
  - iii. Arbeiten im Kollektiv – die *sozialistische Brigade* als Ersatzfamilie
- e. Freizeit:

- i. Wohnen in der *KKW-Siedlung*
- ii. Feierabend im Kulturhaus
- iii. Kultur und Sport – Kabarett *Strontium 90*, Tanzensemble *Studio 64*, *Urania-Combo*, Arbeitergesangsverein *Vorwärts*, *Rheinsberger Carnevalsclub* und Betriebssportgemeinschaft

#### **5. Das „lange Ende“ 1981-1988**

- a. Das Kernkraftwerk Rheinsberg als Betriebsteil des Volkseigenen Kombines „Bruno Leuschner“ Greifswald
- b. *Grenzbereich* – visionäre Pläne vs. wirtschaftliche Realitäten
  - i. Menetekel der finalen Krise – Kein Aus- und Weiterbildungszentrum in Rheinsberg
  - ii. *Seiner Zeit voraus* – Die Pläne für ein Servicezentrum der ostdeutschen Kernenergie nach 1992
- c. nukleare Sicherheit vs. Weiterbetrieb über die projektierte Nutzungszeit hinaus – Revision und Generalinstandsetzung 1986/87
- d. *Störfall* – Sinnverluste nach Tschernobyl

#### **6. Stilllegung und Rückbau**

- a. *Bewahrung der Schöpfung* als oppositionelles Handlungsmotiv: der kirchliche Umweltkreis Menz
- b. Die friedliche Revolution und die Deutsche Einheit 1989/90 als Zäsur
- c. Die Stilllegung: *sicherer Einschluss* vs. Rückbau
- d. Transformation in Ostdeutschland seit 1990

#### **Anhang**

- a. Abkürzungen
- b. Abbildungen
- c. Quellen und Literatur

## **Homosexualität im geteilten Deutschland. Eine Verflechtungsgeschichte der 1970er und 1980er Jahre**

Von Teresa Tammer

Nahezu gleichzeitig begann in der DDR und in der Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre der Abbau strafrechtlicher Diskriminierung schwuler Männer. In der Folge entstanden in beiden Ländern Schwulenbewegungen. Damit war ein beutender gesellschaftlicher und politischer Wandel im Umgang mit Homosexualität in Deutschland angestoßen. Die Möglichkeiten homosexueller Selbstorganisation blieben allerdings bis Ende der 1980er Jahre im Westen stets größer als im Osten. Dafür war die DDR bei der strafrechtlichen Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität der Bundesrepublik die meiste Zeit einen Schritt voraus. Beide deutsche Staaten versuchten in den 1980er Jahren mit ähnlichen Präventionsstrategien gegen die Verbreitung von AIDS vorzugehen und trugen damit zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas gegenüber männlicher Homosexualität bei.

Das Projekt will jedoch nicht nur die Gemeinsamkeiten und Unterschiede benennen, sondern in erster Linie die wechselseitigen direkten und indirekten Einflüsse zwischen DDR und Bundesrepublik untersuchen. Anhand der Themenfelder Strafrecht, Schwulenbewegung und AIDS-Aufklärung wird die Bedeutung von deutschen-deutschen Verflechtungen für den historischen Wandel im Umgang mit männlicher Homosexualität abgebildet. Dafür werden persönliche Kontakte zwischen ost- und westdeutschen Akteuren analysiert, die sich für die Interessen von Homosexuellen einsetzten. Ebenso werden Transfers von Informationen und Materialien sowie gegenseitige Wahrnehmungen und diskursive Bezugnahmen auf Grundlage staatlicher Dokumente, Hinterlassenschaften von Schwulengruppen und Einzelpersonen sowie mit Hilfe von Zeitzeugeninterviews in den Blick genommen.

Nach der Novellierung des § 175 StGB in der Bundesrepublik 1969 wurden sexuelle Kontakte unter Männern nur noch dann bestraft, wenn ein Partner jünger als 21 Jahre war. 1973 wurde hier das Schutzalter – wie dies in der DDR bereits 1968 mit der Abschaffung des § 175 und Einführung des § 151 StGB erfolgte – auf 18 Jahre gesenkt. Die zeitliche Nähe deutet darauf hin, dass die Reformprozesse in beiden Ländern nicht isoliert voneinander stattgefunden haben. Die Recherchen sollen Auskunft darüber gegeben, ob Diskussionen und Entscheidungen grenzüberschreitend rezipiert wurden, und ob die Systemkonkurrenz zu einem „Reformwettbewerb“ geführt hat.

Die Aktionen und Forderungen der beiden deutschen Schwulenbewegungen ab Anfang der 1970er Jahre richteten sich immer an den jeweils eigenen Staat und die Gesellschaft. Dennoch kann gezeigt werden, dass es punktuelle Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen Aktivisten auf beiden Seiten der Mauer gegeben hat, durch die ähnliche – wenngleich asymmetrische – Entwicklungen angestoßen wurden.

Die Verbreitung der Krankheit AIDS in den 1980er Jahren und die damit einhergehenden öffentlichen Diskussionen führten sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik zu einer erhöhten Sichtbarkeit schwuler Männer und in der Folge zu mehr Akzeptanz gegenüber männlicher Homosexualität. Dieser ähnliche Wandel in Ost und West kann u.a. mit der starken Orientierung der DDR an den westdeutschen Präventionsbemühungen erklärt werden.

1988 entfiel in der DDR § 151 StGB. Damit galt fortan für homo- und heterosexuelle Kontakte ein einheitliches Schutzalter von 16 Jahren. Durch die Rekonstruktion bundesdeutscher Diskurse und deren Abgleich mit internen Erörterungen in der DDR soll nach innerdeutschen Wechselwirkungen bei dieser Reform gefragt werden.

Das Projekt untersucht zudem die Bedeutung des Mauerfalls 1989 und der Wiedervereinigung 1990 für die Durchsetzung schwulenpolitischer Interessen. Denn die notwendig gewordene Integration unterschiedlicher politisch-rechtlicher Bestimmungen sowie das Zusammenreffen von Aktivisten aus Ost und West verliehen dem Wandel im Umgang mit Homosexualität in Deutschland eine neue Dynamik.

## **Kurzbiographie**

Teresa Tammer, 1985 in Dresden geboren, studierte Geschichte und Philosophie in Berlin. Ihre 2013 an der Humboldt-Universität vorgelegte Masterarbeit trug den Titel „Schwul bis über die Mauer. Die Ost-Berliner Schwulenbewegung und der Westen“. Seit 2014 arbeitet sie bei Prof. Dr. Michael Schwartz (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) an ihrer Promotion zu männlicher Homosexualität im geteilten Deutschland.

## **Vorläufige Gliederung**

### **I. Einleitung**

- 1.1 Thema und Fragestellung
- 1.2 Forschungsstand
- 1.3 Quellen, Methoden, Vorgehen

### **II. Die Geschichte der Homosexualität in Deutschland, 1871-1961**

- 2.1 Verfolgung homosexueller Männer im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, 1871-1945
- 2.2 Wissenschaft, Politik und Kultur für die Rechte von Homosexuellen, 1871-1945
- 2.3 Homosexualität im geteilten Deutschland, 1945-1961

### **III. Deutsch-deutsch verflochtene Strafrechtsreformen, 1968-1973**

- 3.1 Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Verflechtungen bis zur Strafrechtsreform in der DDR 1968
- 3.2 Die Strafrechtsreform in der Bundesrepublik 1969 – eine Reaktion auf die DDR?
- 3.3 Die Strafrechtsreform in der Bundesrepublik 1973 – Angleichung an das DDR-Strafrecht?

### **IV. Ost- und westdeutsche Schwulenbewegungen in den 1970er und 1980er Jahren**

- 4.1 „Homosexuelle Emanzipation ist nur im Sozialismus möglich“ – die westdeutsche Schwulenbewegung und die DDR, 1971-1980
- 4.2 Ostdeutsche Schwulengruppen und ihre Westkontakte, 1973-1990
- 4.3 Geschichtsschreibung und Gedenken an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus, 1979-1990

### **V. AIDS und die deutsch-deutschen Beziehungen, 1983-1990**

- 5.1 „AIDS ist ein westliches Phänomen“ – HIV in der Propaganda der SED
- 5.2 Politischer und fachwissenschaftlicher Austausch zwischen Ost und West
- 5.3 Schwulengruppen in der DDR und westliche AIDS-Aufklärung

### **VI. Von der Streichung des § 151 StGB-DDR bis zur Abschaffung des § 175 im wiedervereinigten Deutschland, 1988-1994**

- 6.1 Der Westen und die Abschaffung des § 151 StGB-DDR 1988
- 6.2 Der Mauerfall und das Zusammentreffen von Schwulen aus Ost und West
- 6.3 Das Bild von der „fortschrittlichen“ DDR im Kampf gegen § 175 StGB

### **VII. Fazit**

## Die ostdeutsche Frauenbewegung von 1980 bis 2000 am Beispiel der Stadt Leipzig

Von Jessica Bock

Auf der ersten legalen Kundgebung des Neuen Forum, am 18. November 1989 in Leipzig, ergriff vor tausenden Zuhörer/-innen die Journalistin Petra Lux das Wort und sezierte das politische System in einer bislang kaum bekannten Weise: „Die Staatsratsvorsitzenden – keine Frau. Die Ministerpräsidenten – keine Frau. Die Volkskammerpräsidenten – keine Frau. Die Generalsekretäre der SED – keine Frau. Die Vorsitzenden der Blockparteien – keine Frau.“ 40 Jahre lang hatte die SED-Führung den Mythos vom „Gleichstellungsvorsprung“ der sozialistischen Gesellschaftsordnung propagiert. Lux und ihre Mitstreiter/-innen appellierten an die Frauen, ihren Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am politischen Diskurs nun endlich bedingungslos einzufordern: „Jetzt, 1989, haben wir unsere Oktoberrevolution.“ Dies war das Fanal für eine Entwicklung, die bald selbstbewusst als Frauenaufbruch bezeichnet wurde. Leipzig war eines seiner Zentren.

Seit Beginn der 1980er Jahre bildeten sich überall in der DDR informelle Frauengruppen. Drei grundlegende Strömungen lassen sich auch in Leipzig voneinander unterscheiden: kirchliche Gruppierungen, wie die Frauen für Frieden (seit 1984), nichtkirchliche Frauengruppen, wie die Frauengruppe Leipzig-Grünau (seit 1987) oder die Netzgruppe Leipzig (1988) sowie lesbische Frauengruppen, etwa die Gruppe Lila Pause. Sie trafen sich meist in Privatwohnungen oder Räumlichkeiten der evangelischen Kirche, um sich in deren Schutz offen über frauen- und friedenspolitische, feministische sowie lesbische Anliegen auszutauschen und sich kritisch mit der Rolle der Frau in der DDR auseinanderzusetzen. Auf Bezirks- und DDR-Ebene vernetzten sich diese informellen Gruppen zu überregionalen Teilöffentlichkeiten. Dafür nutzen sie z. B. innerkirchliche Rundbriefe wie das „Lila Band“, alternative Frauen- und Lesbenzeitschriften (anfangs häufig als Samisdat) wie „frau anders“ aber auch Ereignisse wie (Frauen-)Kirchentage und Frauenfeste.

Am friedlichen Umbruch im Herbst 1989 besaßen auch diese bislang informellen Frauengruppen erheblichen Anteil. Recht schnell jedoch zeichnete sich für sie ab, dass ihre spezifischen Interessen und Forderungen von anderen Bürgerrechtsgruppen oft hintan gestellt oder ganz übergangen wurden. „Ich blicke mich im Neuen Forum um, und es stimmt mich traurig, daß auch hier die Initiativen vorwiegend von Männern getragen werden“, sagte Petra Lux auf der Kundgebung. Kurz darauf gründete sie zusammen mit anderen die Fraueninitiative Leipzig (FIL), die sich – anfangs als Teil des Neuen Forum – rasch zur bedeutendsten frauenpolitischen Interessenvertretung des Bezirks entwickelte. Ihr gelang es, frauen- und gleichstellungspolitische Themen auf die Agenda des Umbruchs zu setzen. Mit Sitz an den Runden Tischen von Stadt und Bezirk Leipzig erreichte die FIL u. a. die Gründung eines Frauenschutzhauses und eines Frauenkulturzentrums sowie die Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten in den Verwaltungen. Bei der Kommunalwahl im Mai 1990 sowie der Landtagswahl im Oktober 1990 errang sie jeweils ein Mandat.

Unter dem Dach der FIL gründeten sich diverse Arbeits- und Interessengruppen, aus denen ab 1990/91 bekannte Frauenprojekte erwuchsen, die zum Teil bis heute die feministische Infrastruktur Leipzigs prägen: Neben Frauenhaus und Frauenkulturzentrum gehörten dazu auch eine Frauenbuchhandlung und eine Frauenbibliothek. Mit der „Zaunreiterin“, „in femme“ und anderen Periodika entfaltete sich vor Ort zur gleichen Zeit eine äußerst rege Bewegungspresse, die als Sprachrohr des Frauenaufbruchs fungierte.

Die lokale Frauenprojekt- und -vereinslandschaft begann sich im Verlauf der 90er Jahre rasch zu diversifizieren. Schon 1991 listete eine Infobroschüre des Referats für Gleichstellung nicht weniger als 17 genuine Frauenvereine auf, wozu noch zahlreiche weitere Vereine, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen zu rechnen sind, die sich unter anderem auch frauenbezogenen Themen widmeten. Doch die Herausforderungen des Alltags im neuen System und nicht zuletzt die rasch einsetzende Ernüchterung nach der Euphorie des Umbruchs stellten Vereine und Akteurinnen zunehmend vor Probleme, denen nicht alle gleichermaßen gewachsen waren.

## **Kurzbiographie**

Jessica Bock, geboren 1983, studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Historische Hilfswissenschaften und Onomastik in Leipzig und Kraków. Ihr Studium schloss sie im Jahre 2009 mit einer Arbeit über „Erinnerungskultur und Geschlecht“ ab. Seither arbeite und engagierte sie sich vor allem im feministischen Kultur- und Bildungsbereich und war u. a. an zeitgeschichtlichen Oral-History-Projekten in Deutschland, Polen, Tschechien und der Ukraine beteiligt.

## **Gliederung**

### 1. Theoretische und methodische Vorbemerkungen

- 1.1) Einleitung
- 1.2) Forschungsstand und Fragestellung
- 1.3) Aufbau der Arbeit
- 1.4) Datengrundlage und Methode
  - 1.4.1) Quellen und Dokumente
  - 1.4.2) Interviews

### 2) Historische Kontextualisierung

- 2.1) Frauen und Frauenpolitik der DDR in den 1970er und 80er Jahren
- 2.2) Die DDR in den 1980er Jahren

### 3) 1980 – 1989: Informelle Frauengruppen in der DDR in Leipzig

- 3.1) Die informellen Frauengruppen in Leipzig
- 3.2) Theoretische und erfahrungsorientierte Grundlagen 13
- 3.3) Handlungsfelder und -räume informeller Frauengruppen
- 3.4) Vernetzung und soziale Funktion der informellen Frauengruppen

### 4) 1989/90: Friedliche Revolution und Umbruch

- 4.1) Delegitimierung der SED-Herrschaft und in die Friedliche Revolution von 1989
- 4.2) Der „Frauenaufbruch“: Die Lila Offensive und der Unabhängige Frauenverband
- 4.3) Alte und neue Akteurinnen: „Die Fraueninitiative Leipzig“
- 4.4) Feministische Öffentlichkeit: Die Frauenseite der „DAZ“ und „Die Zaunreiterin“
- 4.5) Einflussbedingungen und Handlungsmöglichkeiten am Runden Tisch des Bezirks und der Stadt Leipzig
- 4.6) „Ohne Frauen einen Staat machen.“ – Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 und die Kommunalwahl am 6. Mai 1990: Bündnisse, Wahlprogramme, Ergebnisse

### 5) 1990 – 2000: Frauenbewegung zwischen Subversion, Raumaneignung und Mainstreaming

- 5.1) Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Deutschen Einheit für die Frauen
- 5.2) Der „Frauenaufbruch“ geht weiter:
  - 5.2.1) Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Leipzig
  - 5.2.2) Die Gründung von Frauenprojekten und –vereinen
- 5.3) Praxis- und Handlungsfelder der Frauenprojekte und Vereine
- 5.4) Arbeits- und Erfahrungsalltag
- 5.5) Das „Freundinnennetz“ und Begegnungen und Interaktionen

### 6) Zusammenfassung

### 7) Quellen- und Literaturnachweis

## **Von der "sozialistischen Persönlichkeit" zum "unternehmerischen Selbst"? Eine Wissensgeschichte des Ratgebens in Ostdeutschland vor und nach dem Mauerfall**

Von Felix Paetzel

Die 80er Jahre der DDR waren von einer „rätselhaften Stabilität“ (Andrew I. Port) geprägt. Selbst die geschulten zeitgenössischen Beobachter ahnten nicht, mit welcher Rasanz der Staatssozialismus in Osteuropa nach 1989 verschwinden würde. So musste sich die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen, für die ein gefährlicher Fluchtversuch oder ein ungewisser Ausreiseantrag nicht in Frage kamen, mit den ungeliebten Lebensverhältnissen in der DDR arrangieren. Die formellen und informellen Spielregeln des „realexistierenden Sozialismus“ mussten erlernt werden, um unter den gegebenen Bedingungen ein zufriedenstellendes Leben führen zu können.

Im Herbst 1989 zeigten die Montagsdemonstrationen, dass dies für eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr vorstellbar war. Schließlich mischten sich die Karten im Zuge der friedlichen Revolution und der Wiedererlangung der deutschen Einheit vollkommen neu. Neue Chancen taten sich auf, die jedoch bald von einer Vielzahl an bängigen Fragen begleitet wurden: Wie geht es jetzt mit mir und meiner Familie weiter? Welche neuen Ausbildungsmöglichkeiten werden meine Kinder haben? Werde ich meinen Beruf weiter ausüben können? Für diese und viele andere Fragen waren Ratschläge mehr gefragt denn je.

Ein guter Ratgeber identifiziert Problemlagen und gibt Orientierung für die Vielzahl der neuen Möglichkeiten. Ein Charakteristikum des Rates für moderne Gesellschaften ist, dass dieser über Bücher, Magazine, Radio, Fernsehen und das Internet schnell und wirksam verbreitet werden kann. Im Gegensatz beispielsweise zu Gesetzestexten vermitteln Ratgeber anhand von Alltagssituationen den Ratsuchenden verständliches und konkretes Problemlösungswissen. Dies macht die Ratgeber so interessant für alltags- und kulturgeschichtliche Fragestellungen. Als historische Quelle ermöglichen sie Einblick in die sich wandelnden Problemlagen des Alltags. Sie zeigen die gesellschaftlichen Bedingungen zur Lösung von Problemen auf und offenbaren zeitgenössische Vorstellungen über ein glückliches und erfolgreiches Leben. Das Forschungsvorhaben möchte mit der Betrachtung verschiedener Ratgebermedien eine historische Fallanalyse des Ratgebens vorlegen, in der drei verschiedene Phasen der Alltagsgeschichte der Ostdeutschen betrachtet werden. Dabei wird zum einen die Zeit der 1980er Jahre betrachtet, in der Ratgeber vor allem auf Alltagsprobleme reagierten, die in einer scheinbar stabilen politischen Ordnung der DDR zu Tage traten. In der DDR gab es ein sehr differenziertes Angebot an Ratgebermagazinen, Ratgeberbüchern und vor allem Fernsehratgebersendungen. Diese sollten beispielsweise dabei helfen, mit dem Mangel von Konsumgütern im Alltag zurechtzukommen, Rechtshilfe geben oder Beziehungs- und Erziehungstipps bereitstellen. Der zweite Forschungsschwerpunkt widmet sich der unmittelbaren Umbruchszeit während des Wiedervereinigungsprozesses. Hier gaben Ratgeber eine erste Orientierung und zeigten neue Möglichkeiten auf. Es wurden im DFF noch verschiedene neue Ratgeberformate bis Ende 1991 produziert und ausgestrahlt, die sich mit dem neuen marktwirtschaftlichen System auseinandersetzen, die die neuen Berufsmöglichkeiten vorstellten oder dem reisefreudigen Ostdeutschen ferne Urlaubsziele präsentierten. Der dritte Schwerpunkt blickt auf die 1990er Jahre und danach, die von einer Normalisierung des Verhältnisses der Ostdeutschen zur gesamtdeutschen Gesellschaft geprägt sind. Ratgeber erfüllen nun mehr eine Stabilitäts- und Integrationsfunktion und versprechen Lösungen für die alltäglichen Probleme der neuen Bundesbürger. Sie geben Leitlinien für erfolgreiches Handeln vor und zeigen auf, wie ein glückliches Leben mit den neuen Freiheiten aussehen kann. Die Wissensgeschichte des Ratgebens wird das Verhältnis der Wünsche und Hoffnungen der Ostdeutschen zu den gesellschaftlichen Bedingungen ausleuchten, die explizit und implizit in den Ratgebern zum Ausdruck kommen. Damit kann dazu beigetragen werden, die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf das Alltagshandeln und Alltagswissen der Beteiligten zu erkunden.



## **Kurzbiographie**

Felix Paetzel, 1984 in Leipzig geboren, studierte Politikwissenschaft, Ethnologie und Zeitgeschichte in Halle. Während des Studiums war er studentische Hilfskraft beim SFB 586 „Differenz und Integration“. Von 2013 bis Anfang 2015 arbeitete er als persönlicher Referent der Sprecherin der Rektorenkonferenz der Kunsthochschulen, Frau Prof. Dr. Ana Dimke. Seine Dissertation wird von Prof. Dr. Patrick Wagner an der Martin-Luther Universität in Halle betreut.

## **Vorläufige Gliederung**

1. Einleitung
  - 1.1 Hinführung zum Thema
  - 1.2 Forschungsstand
2. Methode: Theoriegeleitete Diskursanalyse
  - 2.1 Diskursanalyse in der Alltags- und Kulturgeschichte
  - 2.2 Theorie der Gouvernamentalität
    - 2.2.1 Der Raum des Politischen
    - 2.2.2 Subjektivität und Macht
    - 2.2.3 Norm und Normalität
  - 2.3 Medienspezifische Inhaltsanalyse
3. Ratgeber in der Moderne
  - 3.1 Wissen und Rat
    - 3.1.1 Ratgeber zwischen Orientierungs- und Alltagswissen
    - 3.1.2 Wahrheit und Kritik des Rates
    - 3.1.3 Die Rolle des Rates in der Wissens- und Risikogesellschaft
  - 3.2 Rat und Freiheit
    - 3.2.1 Rat vs. Befehl
    - 3.2.2 Die Autorität des Ratgebenden
    - 3.2.3 Die Autorität des Ratgeberwissens und seine selbstdisziplinierende Wirkung
  - 3.3 Die soziale Dimension des Rates
    - 3.3.1 Institutionalisierung des Ratgebens
    - 3.3.2 Ratgeber und Lebensführung
  - 3.4 Medien des Rates
    - 3.4.1 Der unvermittelte Rat
    - 3.4.2 Der vermittelte Rat
      - 3.4.2.1 Das Ratgeberbuch
      - 3.4.2.2 Das Ratgebermagazin im Fernsehen
      - 3.4.2.3 Demokratisierung des Rates? Rat und Internet
  - 3.5 Zusammenfassung: Die Analyse von Ratgebern zur Betrachtung des Wandels von Wissensordnungen
4. Ratgeber in der DDR
  - 4.1 Erfolgs- und Glücksvorstellungen in der DDR
  - 4.2 Rechtsratgeber und Alltag in der DDR
  - 4.3 Beziehung, Familie und Erziehung – Ratgeber zur Erziehung der „sozialistischen Persönlichkeit“
  - 4.4 Die Gestaltung des Verhältnis von Freizeit und Arbeit in der DDR – Berufs-, Freizeit- und Hobbyratgeber
  - 4.5 Exkurs: Ratgeber in der BRD – Zwischen esoterischen Glücksversprechen und Ratgebern des freien Marktes
5. Die Friedliche Revolution und der Umbruch einer Wissensordnung
  - 5.1 Neuer Rat für den neuen Ostdeutschen?
    - 5.1.1 Wirtschafts- und Rechtsratgeber im Wiedervereinigungsprozess
    - 5.1.2 Rat für die neue Reisefreiheit – Freizeit in der Wendezeit
    - 5.1.3 Braucht der Ostdeutsche neuen Rat für Familien- und Beziehungsfragen?
  - 5.2 Kontinuitäten und Umbrüche des Ratgeberwissens
6. Fazit

## **Kampf um die Geschichte. Das historische Ausstellungswesen in der Bundesrepublik und in der DDR zwischen Abgrenzung und Verflechtung 1971-1989**

Von Anne Wanner

„Wir stehen mit dem anderen deutschen Staat im Wettbewerb um die bessere Ordnung der öffentlichen Dinge, der Freiheit und Gerechtigkeit. Dazu gehört auch die Frage, wer sich mit mehr Recht auf die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte berufen kann und wer ihre Ziele besser verwirklicht hat oder verwirklichen wird.“ Die deutsche Geschichte, so zeigt dieses Zitat Gustav Heinemanns, war in den 1970er Jahren zu einem hart umkämpften Feld im deutsch-deutschen Systemkonflikt geworden. Ausgefochten wurde dieser Kampf um die historische Deutungshoheit nicht nur in öffentlichen Reden oder geschichtswissenschaftlichen Debatten, sondern maßgeblich auch in historischen Museen und Ausstellungen. Das Dissertationsprojekt untersucht vor dem Hintergrund geschichts- und museumspolitischer Entscheidungen und Entwicklungen anhand von vier Fallbeispielen (Museum für Deutsche Geschichte Ostberlin, Ausstellung *Fragen an die deutsche Geschichte* im Westberliner Reichstag, Stadtmuseum Frankfurt/Main und Stadtmuseum Dresden), wie mithilfe historischer Ausstellungen eine jeweils eigene deutsche Geschichte erzählt wurde. Trotz der scharfen (geschichts- und museums-) politischen Abgrenzung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, finden sich im Museums- und Ausstellungsbereich zahlreiche Beispiele für „Blicke über die Mauer“ - für die gegenseitige Wahrnehmung und blockübergreifende Begegnungen und Bezugnahmen. Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte zu leisten, die die deutsche Geschichte nach 1945 als „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann) in den Blick nimmt.

### *I. Zwei Systeme – zwei Museumskulturen. Entwicklung und Organisation des jeweiligen Museumswesens in Ost und West von 1945 bis in die 1970er Jahre*

Nach Kriegsende gestaltete sich die Situation für die Museen sämtlicher Gattungen in allen Besatzungszonen sehr schwierig. Viele Museumsgebäude waren zerstört. Die Museums-sammlungen waren entweder auch zerstört oder ausgelagert. Während Kinos, Theater und andere kulturelle Einrichtungen sehr schnell wieder aufgebaut wurden, änderte sich für viele Museen an ihrer misslichen Lage bis in die 1960er Jahre hinein wenig. Sie scheinen in beiden deutschen Staaten – bis auf prestigeträchtige Ausnahmen wie das 1952 neu gegründete Museum für Deutsche Geschichte in Ostberlin oder das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg - lange die kulturpolitischen Stiefkinder gewesen zu sein. Erst in den 1970er Jahren verbesserte sich die Lage merklich.

Kultur- und damit auch Museen waren und sind in der Bundesrepublik per Grundgesetz Ländersache. Bundesmuseen gab es zu Beginn der 1970er Jahre bis auf das Postmuseum in Frankfurt und Sammlungen der Bundeswehr, der damals noch staatlichen Bundesbahn und der Bundesbank nicht. Der Bund beteiligte sich aber in einigen Fällen am finanziellen Unterhalt größerer Museen wie dem Deutschen Museum in München und dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg oder auch an der Finanzierung größerer Ausstellungsprojekte, wie den „Fragen an die deutsche Geschichte“ im Westberliner Reichstag oder der 1981 im Gropius-Bau in Westberlin gezeigten Preußen-Ausstellung. Alle Bundesländer verfügten über sogenannte Landesmuseen. Diese gingen zumeist auf königliche oder fürstliche Sammlungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert zurück. Ihre Sammlungen und Ausstellungen waren überwiegend kunst- und kulturhistorisch orientiert. Sie unterstanden seit 1949 in den meisten Fällen direkt den Kultusministerien ihrer Sitzländer. Damit waren sie finanziell vom Landeshaushalt abhängig. Vertreter der Landesregierung saßen häufig auch im Wissenschaftlichen Beirat der Häuser. Kommunale Geschichtsmuseen und Stadtmuseen wie das Historische Museum Frankfurt unterstanden unmittelbar den Kulturdezernaten der jeweiligen Städte und erhielten ihre finanziellen Mittel aus den „Kulturtöpfen“ der Städte und Gemeinden. Andere

historische Museen wie das Historische Museum der Pfalz in Speyer befanden sich in der Trägerschaft privater Museumsvereine. Seit den 1960er Jahren formierten sich nach und nach regionale Museumsverbände in allen Bundesländern, die als Bindeglied zwischen den Kultusministerien oder zuständigen Stellen der Kommunen und Städte und den Museen fungierten. Diese Museumsverbände gingen meist auf in den 1920er und 1930er Jahren gegründete Vorgängerorganisationen zurück. Sie kümmerten sich um die Fortbildung von Museumsmitarbeitern und unterstützten die Museen bei der Akquise staatlicher Mittel. Ebenso der seit den 1960er Jahren wieder aktive Museumsverbund.

Das Museumswesen der DDR war einer der wenigen Bereiche im „sozialistischen Zentralismus“, die lange nicht zentral organisiert waren. Das seit 1954 bestehende Ministerium für Kultur verfügte über eine Abteilung für Museen und Denkmalpflege, die für Museen aller Gattungen zuständig war. Größere Museen mit überregionaler Thematik unterstanden zumeist den ihrer Sammlungs- und Ausstellungsthematik nahestehenden Ministerien. So fiel das Hygienemuseum in Dresden in den Weisungs- und Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Gesundheitswesen, das Armeemuseum unterstand dem Ministerium für Verteidigung. Das Museum für Deutsche Geschichte gehörte wiederum zum Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Regional- und Stadtmuseen unterstanden in der Regel den Kulturabteilungen der Kreis-, Bezirks- oder Stadtleitungen. Auch hier gab es aber zahlreiche Ausnahmen. Das Stadtmuseum Dresden gehörte zur Abteilung der Stadtleitung für Propaganda und war nur lose mit den Kulturfunktionären der Stadt und des Bezirks verbunden. Die Finanzierung erfolgte ebenfalls über die kommunalen „Töpfe“. Kulturpolitiker forderten immer wieder eine weitere Zentralisierung und sozialistische Ausrichtung des Museumswesens. Vor allem die kleineren historischen Museen litten aber meist unter dem Mangel an finanziellen Mitteln und gut ausgebildetem Fachpersonal. Daran änderte sich bis 1989 trotz der Einrichtung von staatlichen Organisationen wie dem Rat für Museumswesen oder dem Institut für Museumswesen, die eine wissenschaftliche und politische Leitungsfunktion für die Museen übernehmen sollten, wenig.

Trotz aller politischen und inhaltlichen Differenzen hatten die historischen Museen in Ost und West häufig mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Ein Aspekt, der vor allem für die Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen Museumsfachleuten im Rahmen deutsch-deutscher Kontakte oder einer Zusammenarbeit in Internationalen ICOM-Komitees eine wichtige Rolle spielen sollte.

### *III. 2 Die Arenen für den Kampf um die Geschichte. Historische Ausstellungen in der Bundesrepublik und in der DDR*

Das Projekt untersucht anhand von vier Fallbeispielen (Dauerausstellung des Museums für Deutsche Geschichte in Ostberlin, Ausstellung *Fragen an die deutsche Geschichte* im Westberliner Reichstag, Dauerausstellungen des Historischen Museum Frankfurt/Main und des Stadtmuseums Dresden), die museale Präsentation von deutscher Geschichte in beiden deutschen Teilstaaten. In komparativen Analysen werden anhand von Konzeptionen, Drehbüchern, Ausstellungstexten, Katalogen und Fotodokumentationen der jeweiligen Ausstellung die inhaltliche und gestalterische Darstellung der nationalen und regionalen Geschichte untersucht und dabei stets in Bezug zu aktuellen deutschland- und geschichtspolitischen Entwicklungen gesetzt. Sowohl das Museum für Deutsche Geschichte im Ostberliner Zeughaus als auch die im Westberliner Reichstag untergebrachte Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ gingen auf die Initiative politischer Akteure zurück. Das Ost-Berliner Haus entstand auf Beschluss des ZK der SED und erhielt von dort auch konkrete Weisungen wie und welche Linien der deutschen Geschichte präsentiert werden sollten. Die West-Berliner Ausstellung – zunächst 1971 mit dem Titel „1871 – Fragen an die deutsche Geschichte“ eröffnet, entstand auf Betreiben der Bundesregierung und war Teil des Jubiläumsprogramms zum 100-jährigen Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches 1871. Nach wiederholter Verlängerung ihrer Laufzeit wurde sie schließlich thematisch überarbeitet und erweitert in eine dauerhafte Einrichtung überführt und zum 25. Jahrestag der Bundesrepublik wiedereröffnet – nun unter der Schirmherrschaft des Deutschen Bundestages. Die inhaltliche

Gestaltung oblag einem Team aus Historikern und Gestaltern unter der Leitung des Generalsekretärs Prof. Lothar Gall. Die *Fragen an die deutsche Geschichte* stellte die parlamentarischen Traditionslinien und die Verfassungsgeschichte in den Vordergrund. Das Museum für Deutsche Geschichte zeigte deutsche Geschichte als Abfolge von Revolutionen, deren Erbe und Gedankengut sich nun in der DDR verwirklicht hatten.

Die museale Präsentation der Dresdner Stadtgeschichte lässt nur wenig Handlungs- und Gestaltungsspielraum auf der regionalen Museumsebene erkennen. Themenwahl und Gestaltung ähneln – trotz Lokalkolorit - vor allem in den jüngeren Epochen der Stadtgeschichte (19. Und 20. Jahrhundert) der des Museums für Deutsche Geschichte. Das Historische Museum Frankfurt war Anfang der 1970er Jahre mit dem Anspruch angetreten ein „Museum für alle“ zu gestalten. Dies äußerte sich auch in der Themenwahl für die einzelnen Ausstellungsabschnitte, in denen stets die Bemühung zu erkennen war, die Geschichte des „kleinen Mannes“ – also Alltagsgeschichte miteinzubeziehen. Als erstes Museum in der Bundesrepublik zeigte es außerdem auch Abschnitte zur NS-Zeit und zur jungen Nachkriegsgeschichte.

Neben der inhaltlichen Ebene spielte auch die jeweilige Ausstellungsgestaltung eine wichtige Rolle in den vergleichenden Analysen. Obwohl die *Fragen an die deutsche Geschichte* und die Frankfurter Dauerausstellung inhaltlich wenig gemein hatten, lassen sich erstaunliche gestalterische Parallelen feststellen. Beide setzten in den 1970er Jahren vor allem auf die Vermittlung ihrer Botschaften über Texttafeln – und das nicht nur aus Mangel an aussagekräftigen Objekten. Dahinter stand auch die Philosophie den Besucher zu bilden und nicht mit Objekten zu „verführen“ und zu unterhalten. Der Bildungsauftrag stand klar im Vordergrund und manifestierte sich in der lehrbuchartigen Gestaltung. Die Geschichtsmuseen der DDR – allen voran das Museum für Deutsche Geschichte – setzten von Beginn an auf eine sehr viel emotionalere Gestaltung. Zwar hingen die geschichtspolitisch auf Parteilinie befindlichen Texte an der Wand, im Vordergrund der Museumspräsentationen stand aber stets das häufig in szenographischen Ensembles gezeigte Objekt. Interessanterweise lassen sich für die 1980er Jahre nicht nur eine geschichtspolitische „Annäherung wider Willen“ zwischen den beiden deutschen Staaten feststellen, sondern auch zunehmende Parallelen in der Themenwahl großer Sonderausstellungen und ihrer Gestaltung. Beide Teilstaaten bezogen bisher nicht berücksichtigte Persönlichkeiten und Traditionslinien der deutschen Geschichte in ihr Geschichtsbild ein. Die DDR „entdeckte“ Luther und Goethe als Vorkämpfer ihrer Ideen. In Ost und West kam es zu einer „Preußenrenaissance“. In beiden Staaten äußerte sich diese Erweiterung des Geschichtsbildes auch in der Präsentation des jeweiligen Themas in großen Sonderausstellungen. 1981 fanden in Ost- und Westberlin Preußen-Ausstellungen statt und auch der 500. Geburtstag Martin Luthers 1983 wurde in der Bundesrepublik und in der DDR gleichermaßen mit musealen Mitteln gefeiert. Neben dieser thematischen Annäherung lassen sich aber auch zunehmende Ähnlichkeiten in der Ausstellungsgestaltung erkennen. Die Preußen-Ausstellung in Westberlin arbeitete erstmals auch verstärkt mit szenographischen Objektinszenierungen und entsprach damit einer neuen Vorstellung von Museumsarbeit, die nicht mehr die reine Bildung sondern auch die Unterhaltung der Museumsbesucher in den Blick nahm.

### *III. Zwischen Klassenkampf und kollegialem Austausch – Begegnungen und Bezugnahmen im historischen Ausstellungswesen in der Bundesrepublik und der DDR*

Trotz einer scharfen politischen Abgrenzung zwischen den beiden deutschen Staaten kam es immer wieder zu „Blicken über die Mauer“ – zu deutsch-deutschen Begegnungen, Resonanzen und Bezugnahmen. Autoren museumswissenschaftlicher Beiträge in den beiden Fachzeitschriften *Museumskunde* (Bundesrepublik) und *Neue Museumskunde* (DDR) riefen schon Ende der 1960er Jahre immer wieder zu einer eingehenderen Auseinandersetzung mit dem „anderen“ deutschen Museumswesen auf. Wissenschaftliche Mitarbeiter des gerade im Aufbau befindlichen Historischen Museums Frankfurt reisten in den 1970er Jahren in ostdeutsche Museen um sich Anregungen für die Ausstellungsgestaltung im eigenen Haus zu holen. Eine ostdeutsche Delegation von Mitarbeitern des Politbüros besuchte 1981 die

Preußen-Ausstellung in West-Berlin und berichtete minutiös darüber, wie preußische Geschichte „im kapitalistischen Ausland“ ausgestellt wurde. All dies sind eindeutige Belege für die Wahrnehmung des jeweils anderen Museumswesens. Vor allem das Museum für Deutsche Geschichte in Ostberlin wurde in Westdeutschland von Beginn an sehr stark rezipiert.

*Das Interesse der westdeutschen Museumskollegen am Museum für Deutsche Geschichte war sehr groß. Wir haben uns immer über die Museumsarbeit dort informiert. Welche WechseleAusstellungen wurden gezeigt? Wie war die Szenerographie? Das wurde alles sehr ernst genommen und wurde auch in westdeutschen Museologenkreisen diskutiert. (Gottfried Korff)*

Das westdeutsche Interesse am Museum für Deutsche Geschichte war aber nicht immer nur fachlicher Natur. *Museum für Geschichtsfälschung. Berliner Zeughaus wird Propagandahaas* – unter dieser Überschrift berichtete die ZEIT im Januar 1952 über die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte in Ostberlin. Der Autor warnte davor, dass dieses Museum mit seiner marxistisch-leninistischen Präsentation von deutscher Geschichte „neue Verwirrung in Tausenden von Köpfen anrichten“ werde – vor allem weil es bisher kein westdeutsches Pendant dazu gebe. In den folgenden 38 Jahren beschäftigte das Museum, so wurde im Forschungsverlauf der letzten 10 Monate deutlich, nicht nur Journalisten, Historiker und Museumsfachleute, sondern spielte vor allem in den Diskussionen um die Gründung des Hauses der Geschichte in Bonn und des Deutschen Historischen Museums in Berlin in den 1980er Jahren eine wichtige Rolle. Bereits Anfang der 1970er Jahren waren Stimmen laut geworden die bemängelten, dass die „Geschichte der Deutschen nur jenseits der Mauer“ gezeigt werde. Der Münchner Journalist Jürgen Engert stellte in seinem gleichnamigen Artikel fest:

*Die im Zeughaus demonstrierte Einseitigkeit beim Darstellen des deutschen Geschichtsbildes und der damit verknüpfte Versuch, die Einheit der Nation mit der Behauptung einer sozialistischen Nation wegzuwischen, verlangt nach einer Antwort.*

Diese Antwort sollten einige Jahre später die von Bundeskanzler Helmut Kohl initiierten Museumsneugründungen in Bonn und Westberlin liefern. Politiker, Historiker und Museumsleute bezogen sich in den folgenden Debatten um die beiden Häuser immer wieder auf das Ostberliner Geschichtsmuseum und leiteten aus seiner Existenz die Notwendigkeit ab, in Westdeutschland nun auch endlich ein eigenes Nationalmuseum zu gestalten. Am prägnantesten fasste dies ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des 1987 noch in der Konzeptionsphase befindlichen Deutschen Historischen Museums zusammen:

*Seit 1952 existiert in Berlin (Ost) das Museum für Deutsche Geschichte. In orthodox marxistischer Deutung führt es die deutsche Vergangenheit von den Anfängen bis in die Gegenwart der DDR vor. Welche Wirkung von diesem über Jahrzehnte einzigen Zentralmuseum für deutsche Geschichte ausging, ist schwer zu fassen. Ohne Zweifel hat seine bloße Existenz aber dazu beigetragen, daß im Westteil der Stadt der Gedanke an eine komplette Darstellung der deutschen Geschichte mit Museumsmitteln weniger utopisch anmuten mochte als in den anderen Regionen der Bundesrepublik. (Helmut Trotnow)*

Eine Berichterstattung oder Diskussion über die westdeutschen Museumsprojekte konnte offensichtlich nicht ohne Bezugnahme auf das bereits bestehende Museum für Deutsche Geschichte geführt werden.

Über diese gegenseitige Wahrnehmung und Bezugnahme hinaus kam es im Museumsbereich aber auch zu persönlichen Kontakten und einem fachlichen Austausch zwischen Museumsfachleuten aus Ost und West. Beide deutsche Staaten waren zu Beginn der 1970er Jahren als gleichberechtigte Mitglieder im Internationalen Museumsrat ICOM eingebunden. Als nichtstaatliche Dachorganisation für Museumsleute aus aller Welt bot ICOM zahlreiche

Möglichkeiten für internationale und damit auch deutsch-deutsche Begegnungen. Der offizielle Ton auf den Konferenzen war nicht immer sachlich. Auf dem Jahrestreffen des Internationalen ICOM-Komitees für Archäologische und Historische Museen (ICMAH), das 1975 in der DDR stattfand, hielt ein Mitarbeiter des Museums für Deutsche Geschichte einen Vortrag „Zu einigen Problemen der Museumsarbeit in der BRD“. Er warf westdeutschen Kulturpolitikern und Museumsleuten vor, sie würden mithilfe historischer Museen „ihre politisch-ideologischen Ziele verfolgen und auch die Museen in ihre bildungspolitischen Zielstellung der Massenmanipulation integrieren“. Jenseits solcher der offiziellen Linie entsprechenden Reden gab es jedoch zunehmenden Austausch zwischen den Museumsfachleuten. Konferenzteilnehmer aus der Bundesrepublik und der DDR berichten in Zeitzeugengesprächen über kollegiale oder gar freundschaftliche Begegnungen und Gespräche abends an der Hotelbar abseits des offiziellen Tagungsprogramms. Hier entstanden fachliche Netzwerke und freundschaftliche Beziehungen, jenseits ideologischer Abgrenzung und – auch persönlicher – politischer Differenzen. Der Direktor des Stadtmuseums Neuss richtete Mitte der 1970er Jahre im eigenen Haus eine neue Dauerausstellung zur Stadtgeschichte ein und holte sich dafür unter anderem Anregungen bei einer ICOM-Exkursion in der DDR, wo er sowohl das Museum für Deutsche Geschichte als auch das Dresdner Stadtmuseum besuchte:

*„In den Geschichtsmuseen der DDR war man mit Schrifttafeln zurückhaltend. Man hat das Objekt sprechen lassen während bei unseren Präsentationen endlose Texte auf die Wand gebracht wurden. Das Objekt war als aussagekräftiges Vermittlungsstück mehr präsent als bei uns. Das war in der DDR – unabhängig von der Ideologie – besser. [...] Wir haben in unserer Dauerausstellung in Neuss beispielsweise einen Leiterwagen ausgestellt, mit dem Flüchtlinge nach Kriegsende in die Stadt gekommen waren. Diese Idee, Alltagsgegenstände auszustellen, die habe ich aus der DDR mitgebracht.“ (Max Tauch – ehemaliger Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums in Neuss)*

Westdeutsche Museumsleute lernten also durchaus vom Systemkonkurrenten und es kam jenseits rhetorischer Fassaden zu einer blockübergreifenden Übernahme von bestimmten musealen Praktiken. Über den Eisernen Vorhang hinweg entstanden nicht nur deutsch-deutsche Kontakte sondern auch ein blockübergreifender Wissenstransfer im Bereich der historischen Museen.

Dennoch gab es für den konkreten Austausch zwischen Ost und West auch ganz klare Grenzen. Schriftwechsel zwischen Wissenschaftlichen Mitarbeitern des Historischen Museums Frankfurt und dem Museum für Deutsche Geschichte zeigen exemplarisch, dass sich DDR-Museen und andere kulturelle Einrichtungen in Bezug auf Anfragen wegen Fotos oder Reproduktionen durchaus hilfsbereit zeigten. In der Dauerausstellung des Frankfurter Museums wurden schließlich auch Reproduktionen von Graphiken aus den Beständen des Museums für Deutsche Geschichte und der Akademie der Deutschen Künste gezeigt. In der Preußen-Ausstellung in Westberlin konnten die Besucher Abgüsse von im Original in Ostberliner Sammlungsbeständen vorhandenen Schinckel-Figuren der Berliner Schlossbrücke bewundern. DDR-Kulturfunktionäre beobachteten diesen Austausch zwischen den Museen mit Besorgnis und stellten fest:

*...dass in der täglichen Praxis manche Dinge so gehandhabt werden, als handle es sich bei den Beziehungen zu westdeutschen Museen doch um besondere, innerdeutsche Beziehungen. Das zeigt sich immer wieder bei der Frage des Publikationsaustauschs, der Behandlung von Anfragen aus Westdeutschland usw. (Bericht des Sektorenleiters Museen im Ministerium für Kultur von 1971)*

Der Austausch oder die Leihgabe von originalen Objekten war allerdings undenkbar. Diese Erfahrung machte auch der Generalsekretär der Preußen-Ausstellung in Westberlin, Gottfried Korff:

*Ich hatte zu einzelnen DDR-Kollegen sehr gute Kontakte. In dem Moment aber, wo ich zum Generalsekretär der Preußen-Ausstellung wurde, da hörte das auf. Als ich Wolfgang Herbst (Direktor des MfDG) auch nur andeutungsweise fragte, ob ich Leihgaben aus dem Museum für Deutsche Geschichte für die Preußen-Ausstellung haben könnte, da war sofort Schluss. Wir waren dann trotzdem zu einem informellen Gespräch in Ostberlin und danach führte er mich durch die Depots seines Hauses und zeigte mir verschiedene Objekte, die für die Preußen-Ausstellung interessant gewesen wären und sagte dann: Das alles hier bräuchten Sie. Sie bekommen aber nix! Also das war durchaus freundschaftlich ironisch – aber knallhart natürlich.*

Obwohl der deutsch-deutsche Austausch damit in ganz klar abgesteckten Grenzen verlief zeigen auch diese Ausführungen, dass zahlreiche offizielle und informelle Kontakte zwischen Museumsfachleuten in Ost- und West bestanden und die historischen Museumslandschaften auf verschiedensten Kanälen aufeinander einwirkten.

### **Kurzbiografie**

Anne Wanner, 1984 in Stuttgart geb., studierte an der Uni Tübingen u.a. Neuere und Neueste Geschichte. Sie beendete ihr Studium 2010 mit einer Magisterarbeit zur musealen Präsentation des DDR-Sports und arbeitet seit 2011 an ihrer Dissertation. 2011 bis 2013 war sie als Wissenschaftliche Assistentin im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig und freiberuflich für ICOM-Deutschland tätig. Erste Veröffentlichungen zur Museumsgeschichte u.a. im Deutschlandarchiv.

## V. Aktuelle Gliederung

Einleitung

Forschungsstand

Quellenlage

Methodik

I. Zwei Systeme – zwei Museumskulturen

1. Die Organisation des Museumswesens in beiden deutschen Staaten

1.1 Föderalismus pur – das Museumswesen der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren

1.2 Zwischen Fortschritt und Mangel – das Museumswesen in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren

2. Museumsboom. Die 1970er Jahre als „goldenes Jahrzehnt“ für die historischen Museen in Ost und West

3. Museologie contra Museumswissenschaft – Die Entwicklung museumsrelevanter Fachdisziplinen

II. Die Arenen für den Kampf um die Geschichte – Historische Ausstellungen und Museen in der Bundesrepublik und in der DDR

1. Überblick über historische Museen und Ausstellungen in der DDR und in der Bundesrepublik bis Ende der 1960er Jahre

1.1 Die Geschichte des Abendlands – Sakrale Präsentationen kirchlicher Schätze statt politischer Geschichte – Wichtige bundesrepublikanische Ausstellungen in den 1950er Jahren

1.2 Die Entdeckung regionaler Geschichte und Identität. Erste kulturgeschichtliche Ausstellungen in Stadt- und Landesmuseen

2. Das Museum für Deutsche Geschichte (Ost-Berlin) und die Ausstellung *Fragen an die deutsche Geschichte* im Westberliner Reichstag- Konkurrierende Geschichts- und Weltbilder in Sichtweite

3. Das Stadtmuseum Dresden und das Historische Museum Frankfurt/Main – Regionale Museen von überregionaler Bedeutung

III. Zwischen Klassenkampf und kollegialem Austausch – Blockübergreifende Begegnungen und Bezugnahmen im Bereich der historischen Museen in der Bundesrepublik und der DDR

1. Das Museum für Deutsche Geschichte als Katalysator für die bundesdeutschen Museumsprojekte in Bonn und Berlin?

2. Die fachwissenschaftliche Rezeption des jeweils anderen Museumswesens

3. Die Rezeption historischer Museen und Ausstellungen des Systemkonkurrenten in Politik und Gesellschaft

4. Blockübergreifende Begegnungen im Rahmen des Internationalen Museumsrates ICOM

5. „Ideologisch befremdlich aber museumspädagogisch hoch interessant“ – westdeutsche Geschichtslehrer auf Studienfahrt im Museum für Deutsche Geschichte in Ostberlin

6. Fazit und Ausblick auf die „Vereinigung“ der historischen Museumslandschaften nach 1990



## **Mobilmachung und Militarisierung.**

### **Die Vorbereitung der DDR auf den Verteidigungszustand 1970 - 1990**

Von Johannes Mühle

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs waren prägend für die militärstrategischen Planungen der Sowjetunion nach 1945 und damit für den Warschauer Pakt. Nie wieder durfte es einem Gegner, wie 1941 Deutschland, gelingen, so überraschend und erfolgreich bis tief in das Land vorzudringen, es zu verwüsten und solch enormen Blutzoll bei seiner Zurückdrängung einzufordern. Dementsprechend sollte bis Mitte der 1980er Jahre ein als unausweichlich angenommener Angriff der NATO bereits in der Anfangsphase gestoppt und die Kampfhandlungen durch eine Gegenoffensive der Vereinten Streitkräfte auf gegnerisches Territorium getragen werden.

Dieses Szenario brachte für alle Staaten im Ostblock zahlreiche Auflagen jenseits der Auf- und Bereitstellung schlagkräftiger und allzeit einsatzbereiter Streitkräfte mit sich. Die DDR war als potentielles Aufmarsch-, Kriegs- und Versorgungsgebiet an der Schnittstelle der Militärallianzen in besonderem Maße betroffen. So heißt es im Militärlexikon: „Ein moderner Krieg verlangt, die Volkswirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben auf die Erfordernisse des Krieges umzustellen und die Zivilverteidigung bereits im Frieden zu organisieren.“ Die personelle Mobilmachung und Militarisierung vereinnahmte dabei nicht allein die wehrpflichtige männliche Bevölkerung. Sie erreichte Frauen und Männer jeder Altersgruppe in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen durch Wehrerziehung, Wehrdienst oder Zivilverteidigung, durch die Lenkung des im Krieg erforderlichen Facharbeiterbedarfs und die Aufstellung von sogenannten Zivilen Spezialformationen, die militärische Handlungen unterstützen sollten.

Im Hinblick auf massierte Truppenbewegungen von Ost nach West und deren nachrichtentechnischer Leitung waren Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen anzulegen oder auszubauen. Ausweich- und Umgehungsstrecken sowie Materialreserven bis hin zu komplett eingelagerten Ersatzbrücken sollten weiterhin den Ablauf der Militäroperationen beziehungsweise die schnellstmögliche Instandsetzung des Wegenetzes nach Kriegseinwirkungen sichern. Munitions-, Treibstoff- und Lebensmittelreserven waren für mindestens 30 Kriegstage zurückzuhalten. Zur Gewährleistung der medizinischen Versorgung der Vereinten Streitkräfte waren 180 Einrichtungen des Gesundheitswesens mit circa 120.000 Betten und entsprechenden Bluttransfusionskapazitäten als Reservelazarette geplant. Große Teile der zivilwirtschaftlichen Ressourcen in Form von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten standen ab dem Zeitpunkt der Mobilmachung den bewaffneten Kräften in der DDR zur Verfügung und besaßen somit zivil-militärische Doppelfunktionen. Das zeigt sich beispielsweise in der geplanten Aufstellung militärischer Einheiten auf der Basis ganzer Betriebe.

Die Militarisierung der DDR reichte somit viel weiter, als auf den ersten Blick erkennbar. Eine nicht unerhebliche Zahl scheinbar ziviler Gesellschaftsbereiche hatte in Vorbereitung auf den Verteidigungszustand verdeckt militärische Aufgaben für die Landesverteidigung zu erfüllen. Die damit verbundene Kategorisierung des gesamten materiellen und personellen Potentials trug zwar wie die Militarisierung selbst zur staatlichen Kontrolle und damit zum Machterhalt der SED bei, doch die enorme Lagerhaltung sowie die erhebliche Verknappung wichtiger Bedarfsgüter des zivilen Sektors belasteten Wirtschaft und Gesellschaft über ihre Möglichkeiten hinaus und waren eine Ursache für den Zusammenbruch der DDR.

Anhand der Dimensionen der Mobilmachungsarbeit und weiterer Kriegsvorbereitungen in Militär und Gesellschaft wird die Dissertation das Ineinandergreifen dieser Bereiche analysieren und systematisieren. Auf dieser Grundlage soll versucht werden, den Militarisierungsgrad der DDR in einer Gegenüberstellung von militärischen, zivil-militärischen und zivilen Bereichen finanziell und prozentual zu quantifizieren.

## **Kurzbiografie**

Johannes Mühle, 1988 geboren und in Weißwasser aufgewachsen, studierte von 2007 bis 2013 Kultur und Technik an der BTU Cottbus – Senftenberg. Seine Masterarbeit verfasste er zu historischen Hintergründen, Motiven und philosophischen Aspekten des Dienstes bei den DDR-Grenztruppen. 2013 und 2014 erarbeitete er zwei militärhistorische Beiträge im Rahmen des Projekts: Die Niederlausitz und die südliche Lubuskie. Eine Kulturlandschaft im Zentrum Europas.

## **Vorläufige Gliederung**

### 1. Hinführung und Kontextualisierung

- 1.1 „Totale Mobilmachung“ und „Totaler Krieg“ - die uneingeschränkte Ausnutzung des gesellschaftlichen Potentials für den Kriegszustand im 20. Jahrhundert
- 1.2 Historische Grundlagen
- 1.3 Ideologische Grundlagen für die Konfrontation der Weltanschauungen
- 1.4 Sozialistische Militärdoktrin und angenommenes Kriegsbild

### 2. Hauptteil – Strukturen und Verfasstheit der Mobilmachung der DDR-Gesellschaft

- 2.1 Die Sicherheitsarchitektur der DDR
- 2.2 Die militärische Mobilmachung
- 2.3 Die wirtschaftliche Mobilmachung
- 2.4 Die materiell-technische Mobilmachung
- 2.5 Die infrastrukturelle Mobilmachung
- 2.6 Die gesellschaftliche Mobilmachung
- 2.7 Die personelle Mobilmachung
- 2.8 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit im Verteidigungszustand
- 2.9 Zwischenauswertung

### 3. Fallstudie zum Bezirk Cottbus

- 3.1 Historische, geopolitische und militärstrategische Einordnung der Region
- 3.2 – 3.8 Strukturen und Verfasstheit der Mobilmachung im Bezirk Cottbus (Vgl. 2.2 – 2.8.)
- 3.9 Erprobung, Anwendung und Wirkung des Systems der sozialistischen Landesverteidigung bei Truppen- und Mobilmachungsübungen, Konfliktfällen und Havarien bzw. Katastrophenfällen
- 3.10 Zwischenauswertung

### 4. Folgenabschätzung und Resümee

- 4.1 Die Vorbereitung auf den Verteidigungszustand als Element der Herrschaftssicherung der SED?
- 4.2 Die Auswirkungen von Mobilmachung und Militarisierung auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
- 4.3 Quantifizierung des Militarisierungsgrades der DDR

## Die Bildtitel bei Wolfgang Mattheuer zwischen sozialistischer Rhetorik und künstlerischer Autonomie

Von Annette Müller-Spreitz

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass Sie in einer Kunstaussstellung nicht nur den Werken, sondern immer wieder auch deren Beschilderung sowie vor allem dem Bildtitel Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben? „Was hat der Künstler gemeint?“ und „In welche Richtung soll ich das Bild interpretieren?“ sind die am häufigsten mit dem Blick auf das Wandschildchen verbundenen Fragen. Seit Künstler ihre Werke selbst betiteln, bestehen zwischen einem Kunstwerk, dessen Titel und außerbildlichen Verweisen spannungsvolle Bezüge. Diese Bezüge verdienen in der kunsthistorischen Forschung Beachtung, wie es am Beispiel von Wolfgang Mattheuer (1927 Reichenbach/Vogtl. bis 2004 Leipzig), einem kritischen Zeitgenossen in der DDR, gezeigt wird.

Im Zentrum der Untersuchung stehen 624 Gemäldetitel aus den Jahren 1950 bis 1990, die im zeitgeschichtlichen Kontext der DDR betrachtet werden. Es wird dargestellt, wie Mattheuer durch seine Titel nicht nur die Deutung der Bilder lenkt, sondern wie die Titelformulierungen auf vorgegebene Topoi der sozialistischen Rhetorik reagieren und sie unterwandern.

Grundlage für die Untersuchung ist das Werkverzeichnis der Gemälde aus dem Nachlass Mattheuers. Daneben fließen die Bezeichnungen der Grafiken, Zeichnungen und Plastiken in die Untersuchung ein, um Verweise zwischen seinen Werken herauszuarbeiten. Hintergründige Anmerkungen von Mattheuer zu seinen Bildern und deren Titeln finden sich in seinen Publikationen „Äußerungen“ (1990) und „Aus meiner Zeit“ (2002). Weitere sind innerhalb von Interviews in Katalogen und Presse abgedruckt worden. Presserezensionen, Leserbriefe und Katalogbeiträge liefern Einblicke in Kontroversen um Titelformulierungen.

Mehrere Stimmen haben bisher Mattheuers Bildtiteln eine Schlüsselstellung zugesprochen, ohne das Phänomen näher zu erforschen.

Mattheuer selbst war sich der Bedeutsamkeit eines Bildtitels bewusst: „Bildtitel sind Schlüssel, die auf- und abschließen. Aufschließen in der beabsichtigten Richtung und abschließen vor Fehldeutungen. [...] Auch als eine Brücke sind Titel gemeint, auf der der Betrachter in das Bild hineingeht, über den trennenden Graben zwischen seiner Wirklichkeit und der des Bildes.“ Diese Zeilen brachte Mattheuer 1982 zu Papier, nachdem er bereits etliche Erfahrungen mit der Wirkung von Bildtiteln gesammelt hatte (*Kain, Die Ausgezeichnete, [Das schwebende] Liebespaar, Hinter den sieben Bergen*). Das Zitat gibt eine Idee von seinen Absichten, die er mit einem Bildtitel verband: den Betrachter ansprechen, um ihn einerseits in die eigene Bildwelt hinein zu holen und ihm andererseits die eigene Deutung als Interpretationsansatz zu vermitteln. Auf diese Weise wollte Mattheuer die allgemeine Offenheit eines Bildes einschränken und für ihn abwegige Deutungen ausbremsen.

Seine Ehefrau Ursula Mattheuer-Neustädt erinnerte sich 2013 in einem Gespräch: „Natürlich waren ihm die Bildtitel gerade deshalb wichtig, weil sie nicht nur bedeuteten, was auf dem Bild ablesbar ist.“ Als Schlüssel öffnen Mattheuers Titel mitunter weitreichendere Bezüge zu seinen Bildern. Sie spannen einen eigenen Deutungsrahmen auf, indem sie beispielsweise andere Texte zitieren bzw. auf solche anspielen. Beispielsweise geht der Titel *Ich weiß nicht, was soll es bedeuten* zurück auf die erste Zeile von Heinrich Heines „Lied der Loreley“. Das Gemälde zeigt eine weibliche Rückenfigur im Vordergrund, deren Geste einer ausgestreckten Hand nicht über eine Mauer hinweg einen auf der anderen Seite sichtbaren Mann erreicht. Mattheuer schrieb, dass ihm die Strophe einfiel, als er vor dem fertigen Bild stand und es betiteln wollte: „Verblüfft wähnte ich in den Gefühlen, der Stimmung, die mich aus Heines Versen ansprachen, die meinen beim Werden dieses Blattes wiederzuerkennen.“ In dieser und anderer Art hallen in seinen Titeln auch autobiographische Gegebenheiten und die allgemeine Gegenwart wider.

Noch ein drittes Zitat soll die Bedeutung seiner Bildtitel verdeutlichen. Prof. em. Dr. Reinhold Heller (Kunsthistoriker an der University of Chicago) konstatierte nach einem Interview mit Mattheuer, in dessen Zentrum das wichtige Gemälde *Geh´ aus Deinem Kasten!* stand: „Ein

titelloses Bild oder gar ein ‚Ohne Titel‘ benanntes Bild ist für ihn ein Bild ohne Geist, ohne Seele und repräsentiert letztlich einen Mangel an Verantwortung auf Seiten des Bildermachers.“ Mattheuer bezeichnete sich als Bildermacher - im Wortsinne von „sich ein Bild machen“. Er wollte seinem Publikum inhaltlich-thematisch Anstoß über das Ästhetische hinaus geben, wie er 1989 in seinem Tagebuch schreibt. Dabei hatte Mattheuer bereits 1962 sinngemäß notiert, dass der parteistaatliche Kunstapparat der DDR nach einem thematischen Kanon urteilte und Kunstwerke ohne Protest- und Diskussionspotential publizieren wollte. In diesem Zusammenhang deutet sich das komplizierte Verhältnis von Selbstdeutung/Künstlerausdruck und Interpretationsleitung durch den Bildtitel im staatlich gelenkten Kunstsystem der DDR an.

Es ist interessant, welche Funktionen Bildtitel im Sprach- und Schriftgebrauch in der DDR hatten. Allgemein war die Sprache in der DDR eine außerordentliche „Waffe“, um die Menschen für die Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen.<sup>Daraus</sup> lässt sich erahnen, dass der Bildtitel als Sprach-Beigabe eines Kunstwerks in der DDR eine enorme Rolle spielte.

Im Bildtitel konnten sich einerseits politische Loyalität, Anpassung und Zugeständnis ausdrücken. Das geschah durch eine ideologisch konforme Themenwahl, Ausdrucksweise und dem entsprechenden Wortschatz. Exponierte Beispiele für Bildtitel, die ins ideologische Schema passten, sind beispielsweise sämtliche „Brigadier“- und „Held der Arbeit“-Bilder, die Titel „Die rote Fahne - Kampf, Leid und Sieg“ von Willi Sitte und „Wenn Kommunisten träumen...“ von Walter Womacka aus der Palastgalerie, als auch Titel wie „Im neuen FDGB-Ferienheim“, „Junge Arbeiter an der Trasse“ sowie „Solidarität“. Im Ganzen sollten Kunstwerke Erziehungs- und Vorbildfunktionen erfüllen. Den Bildtiteln kamen daher in der kulturpolitischen Planung und Vermittlung wichtige Aufgaben zu. Einige Titel von Mattheuer gingen auf Parolen und Ausdrücke gesellschaftlicher/kunstpölitischer Dogmen in der DDR ein bzw. boten teils einen gezielten Subtext für ihre ideologische Indienstnahme (*Und immer wieder: Trotz alledem!, Die Ausgezeichnete*).

Abgesehen vom Bildtitel als „Loyalitätsakklamation“ und „Konsensritual“ im Sinne der Vorstellungen und Ziele der SED lag mit dem Titel andererseits auch ein Mittel zum politischen Widerspruch vor. Eine Möglichkeit widerständige Titel zu formulieren bestand beispielsweise darin, sich auf tradierte Gattungsbezeichnungen wie Landschaft, und Stillleben zurückzuziehen und damit die verordnete Sprache abzulehnen. Auch die Verrätselung mittels Namen aus der griechischen Mythologie gehört zu den Möglichkeiten widerständiger Betitelung in der DDR. So rief Mattheuers Gemälde *Kain* zuerst Reaktionen hervor, die die ideologische Einstellung von Mattheuer angesichts des alttestamentarischen Themas anzweifeln und sich an der fehlenden Zuordnung des Täters rieben. Ein widerständiger Kniff bestand zudem darin, die von einem konformen Titel geweckten Erwartungen an die Darstellung im Bild zu brechen. Die Differenz von Titel und Darstellung des Gemäldes *Die Ausgezeichnete* von Mattheuer bietet einen seinerzeit populären Fall: Die dargestellte ausgezeichnete Frau entsprach nicht der politisch korrekten Vorstellung von einer freudestrahlenden, optimistisch stolzen Arbeiterin mit ihrem Blumenbouquet im Arm. Stattdessen hatte Mattheuer auf dem Gemälde eine schüchtern nach unten blickende, ältere Frau einsam hinter einer weiß gedeckten Tafel platziert; vor ihr liegen ein paar Tulpen.

Vor der Folie der offiziellen Betitelung und den widerständigen Möglichkeiten soll die Angepasstheit bzw. Eigenständigkeit von Mattheuers Betitelung beurteilt werden. Seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 verschwinden bestimmte Bedeutungsschichten und die Atmosphäre einer verordneten Sprache, wie sie in der DDR üblich waren. Dadurch verschwimmt die Tragweite mancher Bildbezeichnung von Mattheuer.

Zusätzlich zu der Option, widerständige Bildtitel in der DDR zu formulieren, wohnt dem Bildtitel grundsätzlich ein Instrumentarium inne, Autonomie stiften zu können. Die Arbeit beleuchtet mit dem Bildtitel einen neuen Aspekt zur künstlerischen und individuellen Selbstbehauptung nicht nur in diktatorisch gelenkten Systemen, wie die DDR es war.

In verschiedenen historischen, medientheoretischen, sprachphilosophischen Begriffskonzepten des Titels und in den Betitelungsvorgang betreffenden Überlegungen liegen solche Autonomie stiftenden Eigenschaften des Bildtitels vor. Das Dissertationsprojekt arbeitet acht Facetten des Bildtitels heraus, mit denen der Bildtitel die Unabhängigkeit und Selbstbehauptung

tung eines Künstlers unterstützen kann. Dazu gehört vor allem der mit dem Titel formulierte Selbstauftrag im Gegensatz zum vorgegebenen Auftragsthema. Des Weiteren bietet der Titel einem Künstler die Möglichkeit, sein Werk selbst zu entwickeln und zu strukturieren. Bei Mattheuer gibt es zahlreiche Bezüge unter seinen Titeln, die sich über den Rahmen der Entwicklung eines Werkes hinaus abzeichnen. Mattheuer ist dafür bekannt, dass er Bildmotive und -symbole wiederkehrend verwendete. Allerdings fand er mitunter unterschiedliche Betitelungen dafür. Anschaulich wird das anhand einer seiner berühmtesten Bildfiguren, der schwebenden Frau mit den Luftballons in der Hand. Ihre Darstellung hält Bilder mit den Titeln *Fata Morgana*, *Neujahrsgrafik*, *Der Zeitungsleser*, *Hinter den sieben Bergen*, *Hinter den sieben Bergen (im Autospiegel)* vor der Wiedervereinigung 1990, und *Hinter den 7 x 7 Bergen* und *Labyrinth* nach dieser historischen Zäsur zusammen. Mattheuer umspannte, erläuterte und erweiterte mittels Bildtiteln die um ein bedeutsames Bildsymbol kreisenden Bildfindungen.

Eine andere Facette des Bildtitels, Autonomie zu stiften, zeigt sich in der Verankerung eines Werkes und seiner Aussage im Sprachgebrauch eines Kulturkreises. Der Titel kann zum geflügelten Wort werden (z. B. Picassos „Guernica“) bzw. eines aktualisieren wie beispielsweise Mattheuers *Hinter den sieben Bergen*. Aus dem Grimm'schen Märchen „Schneewittchen“ entlehnt wird die Formel „Hinter den sieben Bergen“ im Werk Mattheuers u. a. zum Sinnpruch für die Sehnsucht der ummauerten Gesellschaft in der DDR, die nur beschränkt reisen durfte.

Wie Mattheuer als vom Staat anerkannter Künstler über den Bildtitel den Selbstauftrag formulierte und auch sonst den Bildtitel zu seiner Selbstbehauptung einsetzte, ist ein bisher unbeachteter Weg, Unabhängigkeit zu demonstrieren.

Ausgehend von den beiden Polen – der sozialistischen Rhetorik und der künstlerischen Autonomie – lotet die detaillierte Untersuchung der Bildtitel von Mattheuer die einem Spagat gleichkommende Anpassungsleistung des Künstlers aus. Die Arbeit wird erstmalig die Stilisik mattheuerscher Bildtitel, ihre Beziehungen zum Bild und ihre inhaltliche sowie formale Tragweite vor allem hinsichtlich der Zeitgeschichte aufzeigen.

Befragen Sie beim nächsten Ausstellungsrundgang mit Kunstwerken den Titel auf der Beschreibung nicht nur nach dem Thema des Bildes. Gerade von Kunstwerken, die in der DDR entstanden sind, trägt so mancher Bildtitel kulturpolitische und weitere zeitgeschichtliche Dimensionen in sich.

### **Kurzbiografie:**

Annette Müller-Spreitz, 1980 in Zwickau geboren, studierte in Leipzig Kunstgeschichte, Germanistik, Kommunikations- und Medienwissenschaft; 2004–2007 dort Mitarbeit am Forschungsprojekt „Historische Wahrnehmungsformen in Bild und Text“. 2006–2009 für die Kunstsammlung der Sparkasse Leipzig und danach für die Wismut GmbH kunsthistorisch tätig; Publikationen zur Wismut-Kunst. Promotion an der Universität Leipzig bei Prof. Dr. Frank Zöllner.

## Gliederung

1. Einleitung
2. Der Bildtitel
  - 2.1. Der Bildtitel als Autonomie stiftendes Instrument
  - 2.2. Der Bildtitel als Bestandteil Sozialistischer Rhetorik
3. Die Bildtitel bei Mattheuer
  - 3.1. Der Gebrauchsgrafiker: Bewusstsein für die Wechselwirkung von Sprache und Bild
  - 3.2. Der systematische Blick auf das gesamte Korpus
    - 3.2.1 Die Form animiert zum Weiterdenken
    - 3.2.2. Der Inhalt hat Signalcharakter
    - 3.2.3. Drei Hauptkomplexe: Eigenwelt, Intertextualität, Stimmungen
  - 3.3. Die Titel im Kontext
    - 3.3.1. Eigenwelt
      - 3.3.1.1. Die Landschaft – Refugium und Selbstverortung
      - 3.3.1.2. Die Gegenstände – intime Umwelt
      - 3.3.1.3. Der Mensch – vertraute Bekannte und Selbstbildnisse  
*Die Ausgezeichnete* ('74)  
*Drunnen, Draußen und ich* ('86)
    - 3.3.2. Intertextualität
      - 3.3.2.1. Intertitularität – Das Netzwerk der Mattheuerschen Titel  
*Jahrhundertschritt* ('87)
      - 3.3.2.2. mythologische und christliche Figuren – Das Gleichnis im Titel  
*Adam wartet* ('67)
      - 3.3.2.3. Zitate – hintersinniger Gedankenkosmos  
*Und immer wieder: Trotz alledem* ('76)
      - 3.3.2.4. Gattungsbezeichnungen – kunsthistorische Tradition
      - 3.3.2.5. Parole – Beginn eines Dialoges  
*Geh' aus Deinem Kasten!* ('85)
    - 3.3.3. **Stimmungen**
      - 3.3.3.1. Emotionen  
*Ausbruch (Panik II)* ('89)
      - 3.3.3.2. Witterungs- und Zeitangaben  
*Rauner Bahnschranke, oder: Schlimme Nachrichten*  
**(22.11.1983)** ('83)
4. Fazit
  - 4.1. Mattheuers Bildtitel in Bezug zu den acht Ebenen, auf denen der Bildtitel Autonomie stiftet
  - 4.2. Die Funktionen der Bildtitel von Mattheuer im zeitgeschichtlichen Kontext
5. Ausblick  
Mattheuers Bildtitel ab 1991, Bildtitel in der DDR

## Die DDR im Spiegel musealer Präsentationen

Von Christian Gaubert

*„Deutsche Dekorative Restbestände (DDR)“ - Kunsthaus Oerlikon, Zürich 1.-8. Mai 1991*

„An der Vernissage wird ostdeutsche Beutelsuppe serviert.“ Mit dieser recht eigentümlichen Verheißung wurde die mutmaßlich erste Ausstellung zum DDR-Alltag nach der Wiedervereinigung beworben. Schwer zu entscheiden, was im ersten Augenblick mehr Befremden hervorruft: die Idee, mit Instantsuppe aus DDR-Produktion auf eine erfolgreiche Ausstellungseröffnung anzustoßen, oder die ungewöhnliche Wortwahl und Grammatik in der auf das bevorstehende Ereignis hingewiesen wird. Die sprachliche Irritation erklärt sich durch den Umstand, dass es sich um einen Kulturtipp des Züricher Stadtanzeigers vom 26. April 1991 handelt. Die erste Ausstellung zum DDR-Alltagsleben wurde also nicht in Deutschland, sondern zunächst auf neutralem Terrain gezeigt: im Zürcher „Kunsthaus Oerlikon“. Unter dem Titel „Deutsche Dekorative Restbestände (DDR)“ präsentierte dort eine Gruppe ostdeutscher Künstler um das heutige Puppenspieler-Ehepaar Katarina Sell und Frank Hirrich „Schüttgut und archäologische Fundstücke aus der eben erst verschwundenen DDR.“ Trotz oder gar wegen der ankündigten „ostdeutschen Beutelsuppe“ erschienen allein am ersten Tag mehr als 400 Besucher. Zu sehen bekamen sie weit mehr als nur die in der Zürcher Sonntagszeitung angekündigten „10.001 Artikel aus vierzig Jahren Arbeiter- und Bauernstaat.“ Im Zentrum der Ausstellung standen teils aufwändige Installationen, die z.B. aus einer Vielzahl surrend ineinandergreifender Küchen- und Haushaltsgeräten gefertigt waren, und mit Titeln wie „Küchengespräche - ein zentralistisch gesteuertes System“ eher als ironisches Spiel mit den Erwartungen des Publikums zu deuten waren, denn als naive Warenschau des Ostens.

*Alltagsleben in der DDR – Vom Zusammenbruch des Dritten Reiches bis zur Wende - Rheinisches Freilichtmuseum und Landesmuseum für Volkskunde Kommern 23. Juni – 29. September 1991*

Auch das Rheinische Freilichtmuseum Kommern präsentierte bereits im Sommer 1991 eine Ausstellung zum Alltagsleben in der DDR. Zu sehen gab es wenig mehr, als die Wohnungseinrichtung eines Ehepaars aus dem thüringischen Saalfeld. Über einzelne Texttafeln waren zusätzliche Informationen über die Biographien und zur Lebenswelt des Paares zu beziehen. Die Ausstellung wurde in einer ehemaligen Scheune gezeigt. Um einen Eindruck vom Grundriss der Wohnung zu vermitteln, hatte man sich entschieden, die Wände zwischen den einzelnen Räumen durch Baustahlmatten zu ersetzen. Wenngleich diese Gitterkonstruktion mit einem lichtdurchlässigen Stoff bezogen war, hatte das Ergebnis dennoch die Anmutung eines möblierten Käfigs.

Mitarbeiter des eigentlich auf volkskundliche Ausstellungen zum vorindustriellen Rheinland spezialisierten Freilichtmuseums waren im Frühjahr des Jahres 1990 durch Zufall auf das thüringische Ehepaar Dorfner gestoßen, das sich zu dieser Zeit zu Besuch bei Bekannten im Rheinland aufhielt. Inspiriert von deren Andersartigkeit und den gemeinsamen und gegenseitigen Irritationen entstand die Idee zu einem Ausstellungsprojekt, das nach den Plänen der Verantwortlichen nicht weniger leisten sollte, als einen Beitrag zur innerdeutschen Völkerverständigung. Im Begleitband zur Ausstellung erklärte Museumsleiter Dr. Dieter Pesch es für dringend geboten, „mehr von unseren Brüdern und Schwestern drüben (...) zu erfahren“ und „sich gegenseitig kennenzulernen“, damit schließlich „Verständnis aufkommen kann.“ Die Lebensgeschichte von Gertraut und Siegfried Dorfner aus dem thüringischen Saalfeld könne „hilfreich sein zu verstehen, warum Menschen in den neuen Ländern so sind, wie wir uns ein Bild von Ihnen machen, warum sie so handeln, wie wir es nicht von Ihnen erwartet haben.“ Das Ehepaar sollte innerhalb der Ausstellung also pars pro toto für die offenbar in ihrer Ge-

samtheit als unverständlich, fremd und wundersam empfundene Bevölkerung der neuen Länder stehen.

Im Austausch für ihre komplette Küchen- und Wohnzimmereinrichtung – zu der u.a. auch etwa 160 Familienfotos und eine Vielzahl privater Erinnerungsstücke gehörte – erhielten die Dorfners eine moderne Einbauküche und ein komplettes Wohnzimmer in Nussbaumoptik. Am Tag Ausstellungseröffnung wurde das eigens hierzu angereiste Ehepaar inmitten ihrer einstigen Möbel der Öffentlichkeit präsentiert. Wie einem Bericht der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 12. Juli 1991 zu entnehmen ist, fühlten sich einige Besucher bei diesem Anblick unwillkürlich an einen Zoobesuch erinnert. Auch das Medienecho fiel nahezu gleichlautend aus. Anlässlich einer Tagung zu Problemen der Musealisierung der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte zeigte sich die Kuratorin Sabine Thomas-Ziegler noch 1993 sehr betroffen über einen Bericht des Kulturmagazins des NDR III, der die Ausstellung mit der Exotenschau in Hagenbecks Tiergarten zu Beginn der Jahrhundertwende verglichen hatte. Die Entscheidung zugunsten der zu diesem irritierenden Eindruck nicht unerheblich beitragenden Baustahlmatten als Raumteiler und Trägersystem für Fotos und Texttafeln begründete sie mit dem symbolischen Wert dieser „Kernstück[e] von Betonmauern, die beide deutsche Staaten trennten.“ Die zum Teil von Befremden bis hin zu offener Empörung reichenden Reaktionen vieler Ausstellungsbesucher aus Ost und West wertete sie als Zeichen dafür, dass das Zusammenwachsen zweier so unterschiedlicher Gesellschaften nicht von heute auf morgen geschehen könne.

### *Entwicklungslinien*

Beide Ausstellungen rekurrten auf sehr unterschiedliche Weise auf Vorstellungen und Sehenswartungen einer mehrheitlich westlich geprägten Besucherschaft. Die Ausstellung des Freilichtmuseums Kommern zielte recht unverhohlen auf die Bestätigung westdeutscher Überlegenheitsgefühle. Auch waren sich die Verantwortlichen des Museums offenbar nicht bewusst, wie sehr sie sich mit ihren patriotisch überhöhten Verständigungsabsichten tatsächlich in den Traditionslinien einstiger Kolonialausstellungen bewegten, deren Veranstalter seinerzeit stets ebenso für sich in Anspruch genommen hatten, einen hilfreichen Beitrag zur Aufklärung über die von ihnen vorgestellten Kolonien und ihre „schwarzen Landsleute“ zu leisten. Aus heutiger Sicht mutet die Ausstellung deshalb geradezu an, wie ein Zerrbild des seinerzeitigen öffentlichen und medialen Umgangs mit der DDR, der von vielen ihrer ehemaligen Einwohner als Nichtachtung oder Geringschätzung ihres vormaligen Lebens empfunden wurde.

Die in Zürich gezeigten „Deutschen Dekorativen Restbestände“ erscheinen hingegen wie Vorboten, der Mitte der 1990er Jahre in Ostdeutschland aufbrandenden Ostalgie-Welle. In deren Verlauf wurde eine Flut von DDR-Produkten, Losungen und Propagandamaterial erneut an die Oberfläche gespült und zum Gegenstand eines vornehmlich von Laien vorangetriebenen Erinnerungsdiskurses, der sich in zahlreichen DDR-Motto- und Kostümpartys, Auführungen und Ausstellungen äußerte. Aus diesem Trend zur teils nostalgisch, teils selbstironisch erinnernden Selbstvergewisserung und laienhafter Vergangenheitsaufarbeitung gingen schließlich gegen Ende der 90er Jahre auch erste auf Dauer angelegte private Ausstellungsprojekte zum DDR-Alltag hervor.

Das Beispiel der Zürcher Ausstellung, die zwischen 1996 und 1997 zunächst als erfolgreiche Wanderausstellung nach Ostdeutschland zurückkehrte und schließlich als Fundus eines DDR-Museums in Malchow endete, zeigt allerdings auch, wie sehr mit diesem Prozess der Verstetigung auch ein Verlust des ursprünglich diskursiven Charakters vieler Sammlungs- und Ausstellungsprojekte einherging.

Als der Kultur und Kunstverein Waren, dem u.a. auch die Initiatoren der Zürcher Ausstellung angehörten, am 1. Mai 1996 ihre Neuauflage der „Deutschen Dekorativen Restbestände“ eröffnete, stand im Zentrum der Ausstellung eine landschaftliche Installation, die auf einer schiefen Ebene präsentiert, die Geschichte eines vierzigjährigen Niedergangs in Form einer infernalischen Anhäufung von Fahnen, Propagandamaterial und Bergen von Urkunden und Orden nachzeichnete. Daneben sahen sich die Besucher abermals mit teils aufwändigen Instal-



lationen, wie etwa einem aus Aluminiumbesteck gefertigten Modell eines Fahnenappells konfrontiert, die zu widersprüchlichen Interpretationen herausforderten und mithin als Einladungen zu einer wie auch immer gearteten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fungierten.

Nachdem sich ein dauerhafter Verbleib der Ausstellung in Waren als unmöglich erwies, überließen die Initiatoren Teile ihrer Sammlung dem Kultur und Sportring e.V. in der nahegelegenen Stadt Malchow, der sich schließlich mittels eines ABM-Projekts an die Erarbeitung einer dauerhaften Ausstellung machte. Das Ergebnis dieser Bemühungen kann man seit 1999 im ehemaligen Kultur- und Filmpalast der Stadt besichtigen. Es handelt sich um eine im besten Falle noch sammlungssystematisch zu nennende Präsentation von massenhaften DDR-Alltagsgegenständen, die teils nach Themenblöcken, Lebensabschnitten und Objektgruppen sortiert, teils in Form arrangierter Wohnräumen verschiedener Jahrzehnte dargeboten werden. Der vormalige Anspruch auf Teilnahme am öffentlichen Diskurs über die DDR ist hier nun einem Verständnis von Alltagsgeschichte gewichen, das sich im Streben nach einer möglichst vollständigen Abbildung der ostdeutschen Wohn- und Warenwelt erschöpft.

Das Schicksal der Zürcher Ausstellung zeigt, dass die einstmals mit ihr verbundene Form identitätsstiftender „Selbstermächtigung“ (Thomas Ahbe) im Umgang mit der eigenen Vergangenheit im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte selbst einer erheblichen Historisierung unterlag. Dies wird umso deutlicher, sobald man sich vor Augen führt, dass die Mehrzahl der heute bestehenden privaten DDR-Alltagsausstellungen erst innerhalb der letzten zehn Jahre gegründet wurde. Einige davon bemühen sich trotz ihres Unterhaltungsanspruchs als ernsthafte Bildungseinrichtungen wahrgenommen zu werden, andere hingegen versuchen ihre Ausstellungen verstärkt durch kulinarische oder folkloristische Unterhaltungsangebote zu erweitern. Es darf vermutet werden, dass auf diese Weise versucht wird, auch den mehrheitlich bereits von medialen Klischees geprägten Erwartungen jüngerer oder nicht DDR-sozialisierter Besuchergruppen gerecht zu werden.

Im Ergebnis steht deshalb meist eine übermäßige Betonung all jener Aspekte des DDR-Alltags, die von einem möglichst großen Teil des Publikums als besonders typische Eigenheiten oder Absonderlichkeiten des untergegangenen Staates angesehen werden. Der Umstand, dass viele dieser aus der Perspektive der Gegenwart wahrgenommenen Besonderheiten kaum noch von jenen stereotypen Vorstellungen vom Leben in der DDR unterscheiden, die 1991 noch Kerninhalte einer aus rein westlicher Perspektive konzipierten Völkerschau waren, lässt erahnen, wie nachhaltig die Erfahrung von bald 25 Jahren Bundesrepublik, den Blick vieler Ostdeutscher auf den DDR-Alltag verändert hat.

### **Kurzbiographie**

Christian Gaubert, 1979 in Berlin geboren, studierte Geschichte und Germanistik an der Technischen Universität Berlin. Bereits seine 2010 vorgelegte Staatsexamensarbeit trug den Titel „Die DDR im Spiegel musealer Präsentationen“. Seit 2011 führt er diese Arbeit nunmehr als Dissertationsvorhaben unter Anleitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz fort. Einen ersten Aufsatz zum Thema veröffentlichte er 2011 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

## **I. Einleitung**

## **II. Forschungsstand und Quellenlage**

## **III. Methodik und Analysekonzept**

1. Zur Analyse von Ausstellungen
2. Ausstellungen als historische Quellen
3. Methoden-Bricolage

## **IV. Untersuchungsteil**

### ***1. Anfänge einer Musealisierung der DDR***

- 1.1 Die Musealisierung der friedliche Revolution und die Einrichtung erster Gedenkstätten an Orten der Repression
- 1.2 Vom eigenen Gegenstand überholt – Eilige Neukonzeptionen und erste Ausstellungen des HDG, ZFL, DHM
- 1.3 „An der Vernissage wird ostdeutsche Beutelsuppe serviert“ – Deutsche Dekorative Restbestände (DDR) 1. – 8. Mai 1991 in Zürich
- 1.4 Völkerschau zur ostdeutschen Lebensweise – „Alltagsleben in der DDR“ im Rheinisches Freilichtmuseum Kommern (1991)
- 1.5 Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „DDR-Museum“ – Zum Ursprung der ersten privaten Ausstellungsprojekte

#### **Detailstudie I: DDR-Museum Malchow (1999)**

#### **Detailstudie II: Haus der Geschichte Wittenberg (1997)**

### ***2. Trend- und Streitobjekt – Die DDR im Museum***

- 2.1 Vom Depot zur Ausstellung - Private Sammler als stilprägende Impulsgeber eines neuen Museumstrends?
- 2.2 Vertane Chancen – Das Votum der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes

#### **2.3 Alltag im Kontext der Diktatur**

##### **Detailstudie III: ZFL (2007)**

#### **2.4 Die DDR als Teil einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte?**

##### **Detailstudie IV: DHM (2006)**

2.5 „Geschichte zum Anfassen“ – Die Kommerzialisierung der ostdeutschen Erinnerung

**Detailstudie V: DDR-Museum Berlin (2006)**

### **3. *Aufbruch und Ende – Zwischen Wiederbelebung und Absterben***

3.1 Wiederbelebung der Zeitgeschichte im Raum stadtgeschichtlicher Museen

3.2 Privates Diktaturgedächtnis in der Provinz

**Detailstudie VI: Geschichtsmuseum Perleberg (2006)**

3.3 Alltag und materielle Kultur – Ein Auslaufmodell?

**Detailstudie VII: DOK Eisenhüttenstadt (2012)**

3.4 Der Weisheit letzter Schluss? - Das HDG und seine neuen Hauptstadtdependancen

**Detailstudie VIII: Alltag in der DDR – Neues Museum in der Kulturbrauerei (2013)**

## **V. Bilanz**

Entwicklungslinien – Dominante Themenfelder und „weiße Flecken“ – Abweichende Konzepte und gemeinsame Darstellungsmuster – Die DDR als Gegenfolie zur Gegenwart – Ostalgie war gestern - Der zeitbedingte Verlust einstiger Affirmationspotenziale – Alltag im Kontext der Diktatur - Chancen und Grenzen einer konsequenten Kontextualisierung – Alltag aus oppositioneller Perspektive - Gefahren einer Marginalisierung der Mehrheit – Lokal verortete Zeitgeschichte als Konkurrenzmodell zur bunten Landschaft privater „DDR-Museen“?

## **VI. Ausblick**

1. Gedenkstätten und Orte der Repression (z.B. ASTAK, Hohenschönhausen, BSTU-Bildungszentrum ...)
2. Grenzmuseen und Orte der Erinnerung an die deutsche Teilung
3. Bunker und NVA-Museen

## **VII. Schluss**

## **VIII. Literaturverzeichnis und Quellen**

## **„Kampf um die Köpfe“ – Berliner Hochschulpolitik und Hochschulwesen im Kalten Krieg 1945 – 1961**

Von Tilman Wickert

Die Berliner Jahre zwischen 1945 und 1961 stellen einen Hotspot in der Geschichte des Kalten Krieges dar. Nirgendwo sonst prallten die beiden konträren politischen Vorstellungen und Gesellschaftsmodelle so stark alltäglich aufeinander wie im geteilten Berlin. Zugleich erlaubte die Durchlässigkeit der Systemgrenzen bis 1961 ihren Bewohnern die vielfältige Partizipation am jeweils anderen Gesellschaftssystem. Systemübergreifende Biografien waren keine Seltenheit in jenen Jahren. Da Arbeitsplatz, Wohnort oder soziale Kontakte oft nicht in derselben Stadthälfte lagen, waren viele Berliner zur intersektoralen Mobilität gezwungen. In diesem Spannungsfeld aus politischer Abgrenzung und historisch gewachsener Verflechtung wurde die ehemalige Reichshauptstadt zum „Laboratorium des Kalten Krieges“, in dem die Systemkonfrontation täglich spürbar war. Die „innerstädtische Systemkonkurrenz“ erreichte mit Gründung der Freien Universität im Westteil der Stadt im Jahr 1948 nun auch die Berliner Hochschullandschaft, da jetzt Hochschulstandorte in West- und Ostberlin in einer direkten Wettbewerbssituation zueinander standen. In den Jahren nach ihrer Gründung entfaltete die Freie Universität ihre Magnetwirkung und wurde mehr und mehr zu einem Anziehungspunkt für Studierende und Studienwillige aus dem Ostteil der Stadt und dem Brandenburger Umland.

Die Dissertation analysiert die Mechanismen und Auswirkungen dieser hochschulpolitischen Konkurrenzsituation zwischen Ost- und Westberlin sowie ihre Verankerung in der politischen Kultur des Kalten Krieges. Die Berliner Hochschulpolitik wird dabei im sozialwissenschaftlichen Sinne als ein Politikfeld verstanden, in dem die Akteure unter den Bedingungen der Teilung durch ständige Interaktion zueinander die Berliner Hochschulpolitik gestalten. Die Untersuchung beleuchtet schwerpunktmäßig vier Aspekte des Politikfeldes Berliner Hochschulpolitik: Im ersten Teil der Untersuchung stehen die ambitionierten hochschulpolitischen Reformen in Ost- und Westberlin im Mittelpunkt des Interesses. Der sozialistischen Umgestaltung der Universität in Ostberlin stand im Westteil der Stadt das Projekt einer selbstverwalteten Universität (das sogenannte Berliner Modell) mit umfangreicher studentischer Partizipation gegenüber. Betrachtet werden dabei die gegenseitige Wahrnehmung dieser Modelle sowie der Einfluss der Systemkonkurrenz auf die weitere Entwicklung der hochschulpolitischen Reformabsichten. Im zweiten Teil der Untersuchung werden Ausmaß und Ursachen der grenzüberschreitenden Mobilität von Studenten und Wissenschaftlern im Raum Berlin erforscht. Die Untersuchung widmet sich hier der Frage, wie die politischen Eliten in Ost- und Westberlin dieses Phänomen wahrnahmen und im Rahmen strategischer und sicherheitspolitischer Anforderungen verarbeiteten. Dabei wird auch die Praxis von Befragung und Überprüfung von Grenzgängern und Flüchtlingen durch private, nicht-staatliche Akteure (wie z.B. durch den Verband Deutscher Studentenschaften) untersucht. Der dritte Teil analysiert die sozialpolitischen Maßnahmen gegenüber Studenten und Lehrenden. Im Fokus stehen Maßnahmen wie die Stipendienvergabe, die Versorgung der Studentenschaft mit Wohnraum und medizinischer Betreuung sowie die Besoldungspolitik gegenüber dem Universitätspersonal. Inwieweit beeinflusste auch in diesen Belangen das strategische Denken im Sinne der Systemkonkurrenz das Handeln der Akteure? Der vierte und letzte Teil der Untersuchung beleuchtet die direkten berlin- und deutschlandpolitischen Aktivitäten hochschulpolitischer Akteure. Darunter fallen auch operative Aktivitäten und Aktionen, die direkt in den jeweils anderen Teil der Stadt hineinwirkten. Untersucht wird hierbei, inwieweit das Berliner Hochschulwesen Objekt dieser Aktivitäten geworden ist und wie dies im strategischen Kontext von Containment-Policy und Westarbeit zu interpretieren ist. Andererseits sollen auch die systemgrenzenübergreifenden, gesamtberliner Verbindungen studentischer Akteure zueinander erforscht werden.

### **Kurzbiografie:**

Tilman Wickert, geboren 1982 in Hamburg, studierte Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Potsdam. 2012 schloss er das Studium mit einer Arbeit über die Auswirkungen des Stadt/Land-Konflikts auf die politische Kultur der spätwilhelminischen Gesellschaft ab. Seit August 2013 promoviert er am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Rostock über die Berliner Hochschulpolitik im Kalten Krieg zwischen 1945 und 1961.

### *Vorläufige Gliederung*

### **Einleitung**

#### **I. Ausgangslage und hochschulpolitischer Neuaufbau 1945 – 1948**

1. Hochschulpolitische Lage Berlins 1945
2. Akteure und ihre hochschulpolitischen Konzeptionen

#### **II. Hochschulpolitische Folgen der politisch-administrativen Spaltung Berlins im Jahre 1948**

1. Gründung der Freien Universität (FU) und der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP)
2. Selbstverständnis der FU und ihre Wahrnehmung in Ostberlin
3. FU-Gründung vor dem Hintergrund der US-amerikanischen *Liberation Policy*-Diskurse

#### **III. Ausgewählte Teilpolitikfelder 1949 – 1961**

##### **1. „Bildungsreformpolitik“**

- 1.1 Bezugsstaaten Bundesrepublik und DDR als hochschulpolitische Akteure
- 1.2 *Westanbindung* der FU und bundesdeutscher Einfluss auf die Berliner Hochschullandschaft
- 1.3 *Sozialistische Umgestaltung* der Humboldt-Universität zu Berlin und ihre Wahrnehmung in Westberlin

##### **2. Flüchtlingspolitik und Grenzgängerproblem**

- 2.1 Asymmetrisches Grenzgängerproblem als Wesensmerkmal und Grundlage der Berliner Systemkonkurrenz
- 2.2 Ausmaß und soziale Struktur des gegenseitigen Bildungsgrenzgängerproblems und *Bildungsflucht*
- 2.3 Politische Interpretation und strategische Stellenwert des Bildungsgrenzgängerproblems in Ost- und Westberlin
- 2.4 Befragung, Überprüfung und Betreuung von Bildungsflüchtlings und Grenzgängern in West- und Ostberlin

### **3. Finanz- und Fürsorgepolitik gegenüber Universitäten und Studenten unter dem Eindruck der Systemkonkurrenz**

- 3.1 Stipendienpolitik und Studentenförderung in Ost- und Westberlin
- 3.2 Wohnraumfrage und Konkurrenz der Studentenwohnheime
- 3.3 Medizinische Betreuung der Studenten in Berlin
- 3.4 Etat- und Besoldungspolitik

### **4. Hochschulpolitik als „Berlin-Politik“**

- 4.1 Berliner Hochschullandschaft als Objekt der SED-Westarbeit
- 4.2 Westliche Einflussnahme auf Ostberliner Hochschullandschaft
- 4.3 Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und Co. – westliche Netzwerke des Kalten Krieges und ihre Aktivitäten im Berliner Hochschulwesen
- 4.4 Studentische „Ostpolitik“ – politische und konfessionelle Studentenorganisationen als Akteure systemübergreifender Beziehungen

## **IV. Resümee**

- 1. Mauerbau 1961 als Zäsur im Berliner Hochschulwesen
- 2. Einflüsse der politischen Kultur des Kalten Krieges auf die Berliner Hochschulpolitik

## **Konzentrationslager – Altenheim – Gedenkstätte. Die Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes in Wernigerode – Anspruch und gesellschaftliche Praxis sozialistischer Geschichtspolitik in der DDR-Provinz**

Von Mark Homann

Am 7. Oktober 1974 steht in der Wernigeröder *Volksstimme* unter der Überschrift *Taten sind unser Dank. Machtvolle Kundgebung bei der Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Veckenstedter Weg* zu lesen:

„Mit einer machtvollen Kundgebung, an der tausende Wernigeröder und viele Gäste teilnahmen, an ihrer Spitze Genosse Helmuth Winnig, Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg der SED, die Mitglieder des Sekretariats der Kreisleitung [...], sowjetische Genossen, Genosse Hugo Launicke, Vorsitzender des Bezirkskomitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer [...], wurde gestern der erste Bauabschnitt der Mahn- und Gedenkstätte [...] mit einer feierlichen Enthüllung des Mahnmals [...] eingeweiht. In seiner Gedenkrede [...] betonte Genosse [...] Winnig, daß es unseren guten und bewährten Traditionen entspricht, sich [...] jener Kameraden zu erinnern, die für die Verwirklichung der humanistischen und sozialistischen Ideen unseres Volkes kämpften und unsagbare Opfer brachten. Mit der Errichtung [...] wurde eine würdige Stätte zur Pflege der revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse geschaffen, die besonders unseren Kindern und Jugendlichen bei der weiteren Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Wernigerode Impulse verleihen und ihnen helfen wird, dem Vorbild der Widerstandskämpfer nachzueifern und ihr Andenken durch hohe Leistungsergebnisse zu ehren.“

Winnig, der Sekretär für Wissenschaften, Volksbildung und Kultur der SED-Bezirksleitung, weihte gemeinsam mit der übrigen SED-Politprominenz am 6. Oktober 1974 am nördlichen Rand der Kleinstadt Wernigerode eine Gedenkstätte an einem ehemaligen Außenkommando des KZ Buchenwald ein. Dieses am Veckenstedter Weg gelegene Konzentrationslager existierte zwischen 1943 und 1944 unter dem Tarnnamen *Richard* und hatte bis zu 900 Insassen. Es wurde aufgebaut, um für den damals in Wernigerode beheimateten Rüstungskonzern *Rautal* Arbeitskräfte bereitzustellen. Außergewöhnlich ist, dass dieses Lager direkt an ein Wohngebiet angrenzte und einsehbar war. Wie aus den Ermittlungsakten der *Zentralen Stelle zur Aufklärung national-sozialistischer Verbrechen* hervorgeht, herrschten an diesem Ort des NS-Terrors unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Exzesshafte Bestrafungen und mehrere öffentliche Hinrichtungen sind überliefert. Obwohl auf dem Boden der DDR unzählige solcher Stätten der NS-Herrschaft ein Schattendasein fristeten, sticht doch dieser Ort aus der Masse heraus: Es handelte sich bei den Baracken des Veckenstedter Weges nicht nur um das letzte größere einstige KZ auf dem Boden der DDR, das in seinem Originalbestand weitgehend erhalten geblieben war. Mehr noch war die an diesem Ort entstandene *Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes* die letzte größere KZ-Gedenkstätte, die in der DDR vor der friedlichen Revolution aufgebaut wurde. Neben zahlreichen kleinen Gedenkorten in Form von Mahnmalen und Gedenktafeln existierte in der DDR eine eher überschaubare Zahl größerer Gedenkstätten mit musealen Räumen auf dem Boden ehemaliger Konzentrationslager. Den großen KZ-Gedenkstätten kamen dementsprechend als Orten der politischen Massenarbeit eine eminent wichtige Bedeutung für die SED zu. Nach 1990 wurden die antifaschistischen Gedenkstätten, sofern sie nicht abgewickelt wurden, vollständig umstrukturiert. Ihre Ausstellungen wurden dabei oftmals kurzerhand entsorgt. Die Forschung hat zwar bereits einzelne wichtige Fragmente der DDR-Geschichte der großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten freigelegt. Welchen Prämissen die Geschichtspolitik abseits von Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen folgte, welche Akteure an der Geschichtsbearbeitung beteiligt waren und wie die praktische Erinnerungsarbeit an einer Gedenkstätte der DDR ausgesehen hat, ist allerdings nach wie vor ein Desiderat.

Wie viele andere ehemalige Orte des NS-Terrors besitzen auch die Wernigeröder Baracken eine bewegte Erinnerungsgeschichte voller Widersprüche. Der zitierte Zeitungsartikel verschweigt, wie auch die vielen Zeitungsartikel, die in der Folgezeit über diese Gedenkstätte

berichteten, dass es bis 1974 keineswegs – wie es Winnig postulierte – den „guten und bewährten Traditionen entspr[ach] [...], sich [...] jener Kameraden zu erinnern“, die am Veckenstedter Weg eingesperrt waren. Im Gegenteil wurde die Ortsgeschichte bis zum Gedenkstättenaufbau von parteistaatlicher Seite wenn nicht absichtlich verdrängt, so zumindest ignoriert. Die SED-geführte Stadtverwaltung ließ in den verlassenen Baracken des KZ zunächst ein Flüchtlingslager, ab 1948 dann das Alten- und Pflegeheim des Kreises unterbringen. Die aus heutiger Sicht fragwürdige Nachnutzung von KZ-Baracken stellte zwar weder in Ost- noch in Westdeutschland einen außergewöhnlichen Akt dar – beispielsweise wurde auch das ehemalige KZ Lichtenburg als Flüchtlingslager und von der ansässigen LPG genutzt; die Baracken des KZ Neuengamme wurden lange Zeit als Haftanstalt weiterverwendet. Der Fall der Nachnutzung der Wernigeröder KZ-Baracken gehört allerdings schon für sich zu den makabren Geschichten: Aus den Akten der Gesundheitsbehörden geht hervor, dass von 1948 bis 1971 durchweg 190 bettlägerige Menschen in den ehemaligen KZ-Baracken auf engem Raum, ohne jegliche Privatsphäre untergebracht waren, konfrontiert von Lärm und Abgasen des angrenzenden Industriegebiets. Die Baracken waren für die Unterbringung von Pflegebedürftigen völlig ungeeignet. Das Pflegeheim ist im Bezirk Magdeburg zeitweilig sogar durch die hohen Todesraten aufgefallen. Während sich die örtlichen Behörden anfangs der 1950er Jahre durchaus bemüht zeigten, die schutzbefohlenen Menschen an einen geeigneteren Ort zu verlegen, zeigten sich die übergeordneten Organe von den kritischen Berichten zum Pflegeheim wenig beeindruckt. 1955 kam aus Berlin die Weisung, das Heim sei als „gut“ zu bewerten; diese Weisung erstickte die Diskussion um die Verlegung bis auf Weiteres. Zugleich wurde in den 1950er und 60er Jahren so gut wie nichts unternommen, um den Verfall der Bausubstanz zu verhindern: Die Baracken erhielten mithin einen neuen Fußboden, einen Anstrich und eine Dachreparatur, sodass sie zur Zeit des Gedenkstättenaufbaus bereits als stark einsturzgefährdet galten. Dass es sich bei dem Kreispflegeheim einstmals um ein berüchtigtes KZ handelte, daran erinnerte vor Ort nicht der kleinste Hinweis, obwohl man nur wenige Kilometer entfernt an das Nachfolgelager des KZ Richard an der *Steinernen Renne* mit einem Gedenkstein erinnerte. Warum gedachte man aber nicht am Veckenstedter Weg der leidvollen Ortsgeschichte: War es Geschichtslosigkeit, oktroyiertes Vergessen oder sogar Scham? Und warum holte man in den 1970er Jahren die Erinnerung aus der Versenkung zurück?

Ab dem Jahr 1969 sind in den Akten des Rates des Kreises erste Bemühungen nachzuweisen, das Altenheim zu schließen und in eine Gedenkstätte umzuwandeln. Infolge eines Kreisratsbeschlusses wurde in diesem Jahr ein Maßnahmenplan für den Gedenkstättenaufbau ausgegeben – 1971, zum 25 jährigen Jubiläum der SED, sollte das fertige Objekt eröffnet werden. Um die Ausstellungsgestaltung für die aufzubauende Gedenkstätte inhaltlich vorzubereiten, begann die Wissenschaftsabteilung des Wernigeröder *Zentralmuseums* noch 1969, die bis dahin unerforschte NS-Geschichte des Veckenstedter Weges in einer 300seitigen Dokumentation aufzuarbeiten. Die beteiligten sieben Historiker sichteten neben regionalen Archivbeständen auch die Akten des ehemaligen NS-Rüstungskonzerns, der in Gestalt des *Elektromotorenwerkes Wernigerode* direkt neben dem ehemaligen KZ als Volkseigener Betrieb ein zweites, nun realsozialistisches Dasein führte. Da es sich bei den Baracken um das einzige Pflegeheim des Kreises handelte und ein dementsprechend großer Teil des kreislichen Gesundheitssystems für den Gedenkstättenaufbau umgestaltet werden musste, konnten die Bauarbeiten – anders als im Plan vorgesehen – erst im Jahre 1971 beginnen. Unter Führung der Kreisverwaltung und unter Kontrolle der SED-Kreis- und Bezirksleitung sollte dem verwitterten Gelände und seinen Baracken schnellstmöglich wieder die äußere Gestalt eines KZ gegeben werden. Doch der Eröffnungstermin verschob sich immer weiter: zunächst auf das Jahr 1972, dann auf das Jahr 1973. In der sozialistischen Mangelwirtschaft waren die für den Gedenkstättenaufbau erforderlichen Materialien nicht verfügbar, sodass schließlich erst am 6. Oktober 1974 der ehemalige Appellplatz des KZ wiederhergerichtet werden konnte. Auf diesem weitläufigen Gelände hatte der Bildhauer Bernd Göbel einen weihevollen Gedenkschrein mit dem im Zeitungsartikel erwähnten Denkmal erschaffen: einer heldenhaft-siegreich wirkenden, meterhohen Bronzeplastik, die seit jeher das Erkennungssymbol der Gedenkstätte wurde und deren Postkarten, Plakate und Publikationen zierte.



In den Baracken wurde im Laufe des Jahres 1974 auf etwa 600m<sup>2</sup> Fläche ein großes Museum eingerichtet: Ein Barackenblock erhielt eine moderne Ausstellungsgalerie, in der eine professionell gestaltete Dokumentation der NS-Zeit und eine Ausstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung untergebracht war. Ganz im Sinne der SED-Geschichtspolitik wurde der Veckenstedter Weg als bedeutender Ort des aktiven antifaschistischen Widerstandskampfes stilisiert. Aber inwieweit mischten sich die SED-Kreis- und Bezirksleitungen in die inhaltliche Gestaltung der Gedenkstätte ein? Diese Frage ist besonders interessant, weil es offenbar vom letzten Gedenkstättenleiter in den 1980ern den Versuch gab, mit dem von der SED vorgegebenen Bild zu brechen: In den Akten finden sich Schriftstücke mit seinem Vorschlag, eine Ausstellung mit einer historisch-nüchterneren Darstellung der KZ-Geschichte aufzubauen und so den Opfern gerechter zu werden.

In einem zweiten Barackenblock gab man vor, die authentischen Lebensbedingungen der KZ-Insassen nachgestaltet zu haben. Tatsächlich orientierten sich die Museologen zuweilen stark am großen Vorbild Buchenwald – so baute man etwa in einem Unterkunftsraum die von Fotos bekannten mehrstöckigen Pritschenbetten ein, die es in Wernigerode aber nie gegeben hat. Dieser laxer Umgang bei der Rekonstruktion des historischen Ortes ist auch an anderen Stellen zu beobachten. So erweisen sich vermeintlichen Relikte aus dem KZ als Objekte der regulären Produktionsreihen der Volkseigenen Betriebe: Die medizinischen Geräte der Krankenstation des KZ entstammten in Wahrheit den Beständen des Pflegeheims; die Betten lieferte die JVA Halberstadt. Als originaler KZ-Zaun musste der Grenzzaun der Staatsgrenze der DDR erhalten; ein Halberstädter Grenzregiment steuerte diesen für den Gedenkstättenaufbau bei.

Über die museale Ausgestaltung hinaus wurde der Veckenstedter Weg gleichzeitig zum Zentrum der Geschichtsarbeit, -propaganda und politischen Massenarbeit ausgebaut: In einer Baracke installierte man ein Thälmann-Kabinett der FDJ, einen Filmraum sowie einen Arbeitsraum. In zwei weiteren Barackenblöcken wurde die Gedenkstättenverwaltung, eine umfangreiche Bibliothek, eine Fotothek, eine Werkstatt und das Archiv der *Kommission der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED* untergebracht. Mit der eigentlichen Gedenkstättenöffnung 1975 avancierte der Veckenstedter Weg mit seinen jährlich 36.000 Besuchern zu einem festen Teil der staatlich initiierten Erinnerungskultur und wurde zugleich zu einer Institution des Bildungs-, Kultur- und Tourismusbetriebes des Kreises Wernigerode. Im Rahmen der politischen Massenarbeit gab es an den sozialistischen Gedenktagen Veranstaltungen, die von mehreren tausend Personen besucht wurden. Die Gedenkstätte erhielt zu solchen Ereignissen den Anstrich eines politisch-sakralen Weiheortes: Bewacht von bewaffneten Kräften erstrahlte der von Fahnen eingerahmte Schrein mit dem Denkmal im erhabenen Fackelschein; der Klang der Lieder der Arbeiterklasse evozierte eine feierliche, stolz-kämpferische Atmosphäre. Losgelöst von den Gedenktagen und weniger inszeniert zelebrierte man mehrmals im Jahr NVA-, Grenztruppen- und Kampfgruppenaufmärsche respektive -vereidigungen. Fast täglich fanden sich zur Kranzniederlegung neben Gruppen von Werktätigen, Mitgliedern der GST, FDJlern, Touristen und Kindergartenkindern auch Brautpaare ein, die im Standesamt den Gedenkstättenbesuch für den Tag ihrer Hochzeit mitbuchten konnten – den Blumenstrauß spendete in diesem Fall die Stadt. Als Höhepunkte im städtischen Kulturbetrieb organisierte man darüber hinaus einen Gedenkstättenlauf, Dia- und Filmvorträge, diverse Festveranstaltungen und Jugendweihefeiern. Aber auch der von Winzig angemahnte politische Erziehungsauftrag wurde im Gedenkstättenalltag durchaus ernst genommen: Die Gedenkstätte organisierte nicht nur mit der Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises sowie den Schulen politischen Unterricht für FDJler und Schüler, sondern führte Unterrichtsstunden mit dem eigenen Personalbestand selbst durch.

Insgesamt handelte es sich bei der Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes um ein einzigartiges Element der Erinnerungslandschaft der DDR: Sie war die einzige größere Gedenkstätte, die auf dem Boden eines kleineren Außenkommandos aufgebaut wurde und ließe sich wohl treffend als eine Arte Gedenkstätte à la ›Buchenwald en miniature‹ bezeichnen. Allerdings stellt sich die Frage, warum die SED überhaupt eine solche Gedenkstättenkonzeption genehmigte. Normalerweise ließ die Partei mit einem solch hohen Aufwand – wenn überhaupt – nur die großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten errichten. Woher kam die Initialzündung für den Gedenkstättenaufbau; wie weit oben in der

SED-Hierarchie wurde über dieses Großprojekt diskutiert und entschieden? Diese Fragen gewinnen einen besonderen Wert, weil man geeignetere Alternativen für ein Großprojekt dieser Art in unmittelbarer Nähe gehabt hätte: Keine 20km entfernt bestand bereits mit der *Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Langenstein Zwieberge* ein international wirkungsmächtiges Objekt. Dieser billigte man jedoch bis 1978 keine musealen Räumlichkeiten zu. Warum baute man nicht zuerst diese Gedenkstätte aus, sondern reaktivierte die Geschichte eines Ortes, der über Jahrzehnte als historisch unbedeutsam behandelt wurde? Lief die SED nicht mit diesem Schritt Gefahr, unglaublich zu erscheinen? Dazu gab es in der Nachbarstadt Blankenburg zwei weitere ehemalige Konzentrationslager, die ganz ohne Gedenkstätten einen geschichtspolitischen Dämmer Schlaf hielten – an diesen Orten des NS-Terrors litten im NS-Staat mehrere tausend Menschen. Diese Begebenheiten führen zwangsläufig zur Frage, wie die Wernigeröder Gedenkstätte in der Erinnerungslandschaft der DDR zu verorten war: Handelte es sich um ein Objekt der regionalen politischen Massenarbeit oder firmierte es neben den großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten als eine Einrichtung, die auf überregionale Besucherkreise abzielte?

### **Kurzbiografie**

Mark Homann, geb. 1979. Bachelorstudium Germanistik/Geschichte, interdisziplinärer Master Kultur der technisch-wissenschaftlichen Welt, TU-Braunschweig. Masterarbeit zur Erinnerungskultur ehemaliger SS-Angehöriger. Diverse praktische Erfahrungen im Bibliotheks- und Gedenkstättenbereich. Von 2012-2014 postgraduales Masterstudium Bibliotheks- und Informationswissenschaft, HU-Berlin. Masterarbeit: Digitale Forschungsinfrastrukturen für die Geschichtswissenschaft."

## Vorläufige Gliederung

1. Einführung. Geschichtspolitik und Gedenkstätten in der DDR
2. Vom Ort des NS-Terrors zum geschichtslosen Pflegeheim
  - 2.1 Tatort Wernigerode. Außenkommando Richard 1943-1944
  - 2.2 Die Nachnutzung der KZ-Baracken 1945-1969
  - 2.3 Verschweigen, Vergessen, Erinnern: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit vor Ort
3. Erinnerungsbruch 1969: Die Debatten zum Aufbau der MGS im SED-Apparat
4. Die MGS des antifaschistischen Widerstandskampfes
  - 4.1 Der Aufbau der MGS in organisatorischer, baulicher und finanzieller Hinsicht
  - 4.2 Die Aufarbeitung der NS-Geschichte: Die Dokumentation des Zentralmuseums
  - 4.3 Die Gedenkstättenkonzeption
    - 4.3.1 Personal, Ausstattung, Finanzierung
    - 4.3.2 Die Dauerausstellung und Sonderausstellungen – Geschichtspolitik im Dienste der SED
    - 4.3.3 Hugo Launicke und Kurt Wabbel als Widerstandssikonen der MGS
    - 4.3.4 Der Mythos des siegreichen Widerstandskämpfers: Die Denkmäler
5. Die MGS als politisch-sakraler Weiheort
  - 5.1 Politische Massenarbeit an sozialistischen Gedenktagen
  - 5.2 Appelle, Kranzniederlegungen, Vereidigungen: Geschichtspolitischer Erinnerungsalldag
  - 5.3 Gedenkstättenbesucher und didaktische Konzeptionen
6. Die MGS als kreisliche Agitprop-, Bildungs- und Kultureinrichtung
  - 6.1 Das Thälmann Kabinett der FDJ
  - 6.2 Zusammenarbeit mit Schulen und Bildungseinrichtungen
  - 6.3 Die MGS als Tourismusstätte
7. Staatliche Erinnerungskonzeption vs. individuelle Erinnerungsebene
  - 7.1 Die Selbstdarstellung der MGS. Die Gedenkstättenpublikationen
  - 7.2 Die Darstellung der Gedenkstätte in den Medien
  - 7.3 Die Wahrnehmung von Anwohnern, Besuchern und Opferverbänden
8. Der erneute Weg ins Vergessen nach 1990
9. Ergebnisreflexion

